

litischen Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse begrifflich unterschiedlich – nach seinen jeweiligen politischen Leitzielen orientiert – gefasst: Vom *keynesianischen Wohlfahrtsstaat* mit dem Regulierungsparadigma des *Sozialkorporatismus* der fordistischen Ära entwickelte er sich im Verlaufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum *schlanken Wettbewerbsstaat* im *Wettbewerbskorporatismus* hin zum *aktivierenden Staat* und *Gewährleistungsstaat* der jüngsten Entwicklung der neoliberalen Regulationsweise. Die Regulationstheorie begreift den Übergang der gesellschaftlichen Regulationsweise des keynesianisch abgesicherten *Fordismus* zum *Postfordismus* als flexibel-marktgetriebenes Produktionsmodell im Neoliberalismus *ursächlich* als politisches Projekt, dem ein konkretes staatliches Leitziel zugrunde lag. Damit werden sowohl die tarifvertraglich abgesicherte Arbeit (Sozialkorporatismus), als auch die *Prekarisierung* und *Flexibilisierung* von Arbeitsverhältnissen (Hartz-Reformen) sowie der damit einhergehende große Niedriglohnsektor als *politisch* bedingt und gewollt verstanden.²⁴⁷

5.4 Hegemonie und Herrschaft auf nationaler und globaler Ebene. Neogramscianische Internationale Politische Ökonomie

»In krassem Gegensatz zur gesellschaftlichen voraussetzungslosen Kritik des Marktes und zu Vorstellungen gründlicher Unterscheidungsfähigkeit von Markt und Staat [...] ist [...] die prozesshafte politische Konstitution des Marktes zu ergründen, durch die der Formationsbruch des Kapitalismus vollzogen wird.« (Röttger 1997: 39)

5.4.1 Internationale Politische Ökonomie als interdisziplinäre heterodoxe Wissenschaft der Internationalen Beziehungen

Dass das Verhältnis zwischen Nationalstaat und Gesellschaft im Zuge von Globalisierungsprozessen seit den 1970er Jahren gewaltigen Veränderungsprozessen unterworfen ist, kann die *Regulationstheorie* (vgl. Kap. 5.3) trotz ihres analytischen Mehrwerts der Untersuchung transformierender Staatlichkeit durch veränderte Produktionsmodelle nicht ausreichend erklären. Da sie sich lediglich auf nationale Entwicklungsmodelle konzentriert, bleibt ihre Betrachtung nationalstaatlich verhaftet (Becker 2003: 67), wodurch sie Schwierigkeiten hat, die Strukturen und Dynamiken des globalen Kapitalismus sowie der Staatenkonkurrenz zu begreifen. Der Nationalstaat transformiert sich

247 Allerdings sind für eine herrschaftskritische Soziopolitische Bildung die blinden Flecken der Regulationstheorie zu überwinden. Wegen ihrer mangelnden Handlungstheorie ist sie hegemonie- (vgl. Kap. 5.4) und staats theoretisch (vgl. Kap. 5.5) zu erweitern, damit konkrete soziale Kräfte als Akteure des Politischen und der staatlichen sowie gesellschaftlichen Transformation in den Blick geraten. Zudem muss sich die Politische Bildung auf Grund der Globalisierung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von ihrer Nationalstaatsfixierung lösen und vielmehr Transnationalisierungsprozesse von Staatlichkeit in ihre Analysen integrieren (vgl. Kap. 5.4.4). Auch die Geschlechterverhältnisse (vgl. 5.8), Rassismus und Nationalismus (vgl. 5.2), die Rechtsform (vgl. Kap. 5.7) sowie die Funktion der staatlichen Repressionsapparate (vgl. 5.7.6) müssen als Bestandteile kapitalistischer Vergesellschaftung und Staatlichkeit für eine kritische Politische Bildung betrachtet werden.

allerdings durch seine Einbindung in den Weltmarkt und in internationale Institutionen. Genau an dieser Stelle setzen materialistisch orientierte Ansätze der *Internationalen Politischen Ökonomie* (IPÖ)²⁴⁸ an.

Dabei konkurrieren materialistische beziehungsweise »kritisch-heterodoxe« (Strange 1994: 12ff.) mit liberal-institutionalistischen Ansätzen der IPÖ (Schirm 2019: 48ff.).²⁴⁹ Heterodoxe Ansätze, die in diesem Kapitel im Vordergrund stehen, analysieren unter machtkritischen Gesichtspunkten die Bedeutung internationaler Institutionen und Regimes wie der G7/8-Gruppe, der Welthandelsorganisation (WTO) oder des Internationalen Währungsfonds (IWF) und ihr Verhältnis zum modernen Nationalstaat.

Vor allem die politökonomische Schule des *Neogramscianismus*, die sich Ende der 1970er Jahre im englischsprachigen Raum herausgebildet hat (Overbeek 2008: 151ff.), ist für eine kritische Internationale Politische Ökonomie grundlegend.²⁵⁰ Der Neogramscianismus bietet innerhalb der Internationalen Beziehungen eine Alternative zu den einflussreichen Strömungen des *liberalen Internationalismus*, des *Idealismus*, des *Realismus* und des *Neorealismus* (Menzel 2001: 20ff.). Zudem ist er durch seine materialistische und staatstheoretische Grundierung gewinnbringender als die marxistischen, auf die Zirkulationssphäre des Kapitals beschränkten Ansätze der *Weltsystemtheorie* Immanuel Wallersteins (2004) und Giovanni Arrighis (2010). Denn sozialer Wandel wird auf globaler Ebene in soziohistorischer Perspektive untersucht und nicht durch

248 Die Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) hat sich in den vergangenen Jahrzehnten vor allem im angloamerikanischen Sprachraum zu einer vielbeachteten eigenständigen Lehr- und Forschungsrichtung entwickelt (Schirm 2019: 7ff.). Bezüglich der Analyse von Globalisierungsprozessen zeichnet sie sich durch ein disziplinübergreifendes Forschungsprogramm aus, »das den Aporien einer einzelwissenschaftlichen Fokussierung auf soziale Prozesse zu entgehen vermag.« (Bieling 2007: 7) Allgemein ist die IPÖ ein aus den USA stammender interdisziplinärer Forschungszweig der Internationalen Beziehungen (vgl. Menzel 2001), der sich vor allem mit den politischen Aspekten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auseinandersetzt und gerade deshalb in den 1980er und 1990er Jahren durch die neue Phase der Globalisierung (Freihandel, Ausweitung des Weltmarktes, Direktinvestitionen, Standortverlagerungen etc.) zunehmend rezipiert und weiterentwickelt wurde. Für Stefan Schirm eint alle Ansätze der IPÖ, dass sie »sich mit der Frage beschäftigen, wie der Markt funktioniert und wie Politik und Ökonomie sich gegenseitig beeinflussen.« (2019: 20) Im europäischen Raum wird sie noch eher als marxistische Disziplin interpretiert, während im angloamerikanischen Sprachraum die IPÖ vor allem als eine Theorie verstanden wird, die von Anhänger_innen verschiedener Konzeptionen wie dem Realismus, Liberalismus oder Keynesianismus vertreten wird (Bieling 2007: 11): »Hieran lässt sich schon erkennen, dass es ihr nicht homogener Forschungsschwerpunkt und ihr fächerübergreifender Ansatz schwer macht, sie einer gewissen ›Denkschule‹ zuzuordnen.« (ebd.) Für viele gilt Susan Strange als Begründerin der »International Political Economy« (Schirm 2019: 34). Für einen Überblick über die Forschungsrichtung der IPÖ vgl. Bieling 2007; Overbeek 2008; Schirm 2019. Letzterer spart allerdings marxistische Ansätze aus.

249 Liberal-institutionalistische Ansätze der IPÖ gehen davon aus, dass Institutionen als Regelwerke die Handlungsalternativen von Akteuren definieren und beschränken: »Sie bestimmen die ökonomischen Potentiale einer Gesellschaft und führen zur Entstehung von Organisationen (Akteure, Unternehmen etc.), die wiederum die jeweiligen Institutionen verändern.« (Schirm 2019: 52)

250 Als Schule der Internationalen Beziehungen (IB) ist der Neogramscianismus jedoch nicht sehr wirkmächtig geworden und wird nahezu ausschließlich in den kritischen Sozialwissenschaften rezipiert (Scherrer 1994: 161) Für einen Überblick und eine Einordnung des Neogramscianismus in den wissenschaftlichen Diskurs der IB vgl. Bieling 2007; Overbeek 2008.

abstrakte ökonomische Gesetze oder technologische Erneuerung bedingt verstanden. Bestimmte soziale Klassen und Akteure werden analysiert, die intentional mit Hilfe gesellschaftlicher Diskurse und Elitenetzwerke, die innerhalb der Bevölkerung einen Konsens erzeugen (Röttger 1997: 39).²⁵¹ Damit wird aufgezeigt – und das macht den Neogramscianismus für eine staats-theoretisch fundierte Soziopolitische Bildung grundlegend –, dass die Globalisierung und der Weltmarkt »nicht *per se* ein von außen auf die Gesellschaft einwirkender Sachzwang« (Borg 2001: 41f.), sondern politisch konstituiert ist. Durch die Verbindung von *handlungstheoretischer* (soziale Akteure) und *strukturtheoretischer* (Staat und Internationales Staatensystem) Perspektive überwinden neogramscianische Analysen damit im vermittlungslogischen dialektischen Sinne ein dichotomes Verständnis von *Staat* und *Markt*, das weiterhin vielen kritischen Globalisierungsanalysen eigen ist (vgl. Kap. 4.3.2).²⁵²

Des Weiteren arbeitet die neogramscianische politische Ökonomie gegenüber dominierenden Ansätzen der Politikwissenschaft, die tendenziell entweder vom souveränen Nationalstaat als handelndem Akteur im globalen Kontext (Benz 2008: 275) oder im Zuge des Global Governance-Ansatzes (vgl. Kap. 4.3.3) von stärker horizontalen »Verhandlungssystemen« unter Beteiligung vielfältiger staatlicher und nichtstaatlicher Akteure ausgehen, die Transnationalisierung von Globalisierungsprozessen und damit einhergehend von Staatlichkeit heraus. Neogramscianische Ansätze sind folglich transnational gedacht. Es wird aufgezeigt, dass der Staat nicht mehr durch die nationalstaatliche Brille betrachtet werden kann, da sich seine Staatsapparate zunehmend transnationalisieren.

Zentral ist für alle neogramscianischen Analysen die Ansicht, dass globale Herrschaft nicht hauptsächlich durch *Zwang*, sondern primär durch *Konsens* bei den Beherrschten durchgesetzt und aufrechterhalten wird. Maßgebliche Einsichten bezüglich der Bedeutung von Konsens für die Ausübung von Herrschaft beziehen die Neogramscianer_innen aus dem Werk des italienischen Marxisten Antonio Gramsci. Vor allem dessen grundlegenden Begriffe der *Hegemonie*, bei der es um die gesellschaftliche Einflussnahme sozialer Klassen über die Sphäre der Kultur geht und des *integralen Staates* (vgl. Kap. 5.4.3) werden aus ihrer nationalstaatlichen Betrachtungsweise gelöst und bezüglich der internationalen Ebene adaptiert, um zu verdeutlichen, dass das neoliberale ökonomische *Projekt*

251 Bei den neogramscianischen Analysen handelt es sich keineswegs um verschwörungsideologische Erzählungen, in denen »geheime Mächte«, im Sinne des »Deep States« oder der »New World Order« die Welt lenken, sondern um eine (sozial-)wissenschaftliche Theorie, die im Sinne einer marxistischen Konflikttheorie in Tradition des historischen Materialismus untersucht, *welche* sozialen Kräfte mit *welchen* Mitteln versuchen, ihre Partikularinteressen gesamtgesellschaftlich umzusetzen. Dass diese Ansätze jedoch auch offen für Verschwörungserzählungen sind, zeigt sich durch den Neogramscianer Kees van der Pijl, der 2018 in einem Tweet Israel für die Anschläge vom 11. September verantwortlich gemacht hat. Vgl. Osborne, Samule (2018): Sussex University professor who claimed Israelis carried out 9/11 must have emeritus status removed, Jewish group says, <https://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/sussex-university-world-trade-centre-911-professor-kees-van-der-pijl-israel-tweet-jewish-a8620416.html> [abgerufen am 12.05.2021].

252 Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf rechnen u.a. IWF, Weltbank und die OECD als Institutionen »dem Markt« zu (2002a: 205ff.).

Globalisierung (Borg 2001) der »hegemoniale[n] Verankerung in der Gesellschaft« (ebd.: 41f.) bedarf.²⁵³

Für eine Soziopolitische Bildung bieten sowohl der Ansatz Gramscis als auch die neogramscianischen Analysen eine ideologiekritische Methode, politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf nationaler wie globaler Ebene nicht durch Kontingenz oder rationale Entscheidungen von zum Beispiel Politiker_innen bedingt misszuverstehen, sondern als durch konkret handelnde soziale Akteur_innen mit bestimmten Interessen *intendiert* und *umgesetzt* zu begreifen. Hierbei wird verdeutlicht, dass vor allem durch die vermeintlich herrschaftsfreie Zivilgesellschaft, die in der hegemonialen Politischen Bildung regelmäßig als gemeinwohlorientiert aufgefasst wird (u.a. Detjen u.a. 2021: 454),²⁵⁴ Macht- und Herrschaftsverhältnisse sozialer Klassen intentional durchgesetzt werden. Dadurch wird der Begriff des Politischen im umfassenden und konflikttheoretischen Sinne erweitert, was zentrale Erkenntnisse liefert, inwiefern politische Herrschaft auf nationaler wie globaler Ebene ausgeübt und verstetigt wird. Bezogen auf die Globalisierung verdeutlicht dies, dass Freihandel und Weltmarkt gerade nicht – wie zumeist in der Politischen Bildung suggeriert oder gar konstatiert (ebd.: 360ff.) – über die vermeintlich ohnmächtigen Staaten herfällt oder durch technologische Entwicklung bedingt ist,

253 Trotz ihres Bezugs auf die Hegemonietheorie Gramscis sowie weiterer Gemeinsamkeiten haben sich unterschiedliche Forschungsansätze des Neogramscianismus in den 1990er Jahren herauskristalisiert. Die erste Richtung wurde von dem Begründer des Neogramscianismus Robert Cox etabliert (1998b). Hierbei steht das Verhältnis zwischen Staaten, sozialen Kräften und der Weltordnung im Mittelpunkt der Analysen. Dabei hat Cox das Konzept der Internationalisierung des Staates herausgearbeitet, was sich stark auf die kritischen Sozialwissenschaften ausgewirkt hat und beschreibt, wie Formen von Staatlichkeit auf internationale politische Institutionen übertragen werden (Cox 1987). Als zweite Richtung hat sich der Amsterdamer Ansatz des Neogramscianismus (Henk Overbeek; Kees van der Pijl; Bastiaan van Apeldoorn) herausgebildet, der vor allem auf handlungstheoretischer Ebene untersucht, welche Kapitalfraktionen durch welche Elitenetzwerke ihre Leitziele der Globalisierungsgestaltung (vgl. van der Pijl 1984) oder der Europäischen Integration (vgl. van Apeldoorn 2000) durchsetzen. Unterschiedliche Kapitalfraktionen werden hierbei deduktiv aus den Formen des Kapitals (Industrie-, Geld- und Handelskapital) und der Profitgenerierung bestimmt und spezifischen außenpolitischen Interessenslagen zugeordnet (van der Pijl 1984: 4ff.). Zur Amsterdamer Schule des Neogramscianismus vgl. van der Pijl 1998. Der dritten Richtung kann Cox' Schüler Stephen Gill zugeordnet werden. Sie analysiert, dass die Wettbewerbsbedingungen im Zuge der transnationalen globalisierten ökonomischen Verflechtung zu einem disziplinierenden Neoliberalismus (2008: 137ff.) geführt haben, der rechtlich über transnationale Institutionen wie WTO, IWF und Weltbank juristisch und autoritär-undemokratisch abgesichert wird. In diesem Kontext prägte Gill den Begriff des Neuen Konstitutionalismus (vgl. Kap. 5:5.5). Als vierte Richtung gilt der Neogramscianismus aus dem anglo-amerikanischen Raum (William Carroll; Leslie Sklair; William Robinson), der sich mit der Transnationalisierung von Klassenverhältnissen und der Herausbildung einer transnationalen Managerklasse durch die Transnationalisierung der Produktionsverhältnisse beschäftigt. Die fünfte Richtung besteht in der deutschen Rezeption der Arbeiten von Cox. Hierunter fallen vor allem Politikwissenschaftler_innen um den Wolfgang Abendroth-Schüler Frank Deppe, die für die deutschsprachige Regulationstheorie wichtige Impulse gesetzt haben und die Entwicklung der Europäischen Integration neogramscianisch deuten (u.a. Bieling/Steinhilber 2000).

254 Joachim Detjen begreift Akteure der Zivilgesellschaft »ohne Gewinnerzielungsabsicht« (2021: 454), die »auf Defizite staatlicher Politik aufmerksam« (ebd.: 455) machen. Zudem seien sie »an moralischen Werten und Zielen orientiert.« (ebd.: 460)

sondern durch konkrete soziale Akteure und Staaten politisch durchgesetzt und immer wieder hegemonial abgesichert wird.

5.4.2 Der Neogramscianismus als antirealistischer und antipositivistischer Ansatz des historischen Materialismus. Zu den theoretischen Grundlagen

Der kanadische Politikwissenschaftler Robert Cox (1926–2018) gilt als Begründer der *Neogramscianischen Internationalen politischen Ökonomie*. Sein schulbildender Ansatz besteht darin, die Hegemonietheorie Antonio Gramscis adaptiert und auf die Sphäre der *Internationalen Beziehungen* ausgeweitet zu haben (Cox 1998b: 69ff.). Cox arbeitet heraus, dass historischer und sozialer Wandel hauptsächlich durch das Zusammenwirken von *sozialen Kräften*, *Staatsformen* sowie der jeweiligen *Weltordnung* bedingt ist (1987: 66). Dabei bestimmen sich die sozialen Kräfte Cox zufolge im Marx'schen Sinne maßgeblich durch die Klassenbeziehungen und damit durch die Produktionsverhältnisse (vgl. Kap. 5.2.3), was Einfluss auf die jeweilige konkrete historische und soziale Formation sowie die Form des Nationalstaates hat. Die jeweilige Form des Staates – dies zeichnet seinen spezifischen Beitrag für die Internationalen Beziehungen aus – wirkt sich wiederum auf die Struktur der jeweiligen Weltordnung aus (Cox 1987: 105). Der Cox-Schüler Stephen Gill begreift den neogramscianischen Ansatz auf Grund seiner historischen Perspektive im Gegensatz zu strukturalistischen oder strukturdeterministischen Schulen als Beitrag eines *transnationalen historischen Materialismus* (2008: 17).

Der Neogramscianismus richtet sich gegen die vorherrschenden Theorien der *Internationalen Beziehungen* (vgl. Menzel 2001). Neben dem *Idealismus*²⁵⁵ wird hierbei die *Realistische* und *Neorealistische Schule* (vgl. ten Brink 2008: 38) kritisiert. Die Realistische Schule (Edward Carr; Hans Morgenthau) geht davon aus, dass die internationale Politik als Machtkampf konkurrierender Nationalstaaten zu begreifen ist.²⁵⁶ Zentral ist die Sichtweise, dass Staaten »zentral geleitete, ganzheitliche Akteure« (Scherrer 1994: 303) seien, die die internationale Politik bestimmten. Die realistische Schule stellt folglich eine staatszentrierte Theorie dar, da Staaten als die zentralen politischen Akteure verstanden werden. Hierbei wird die Hobbes'sche Unterstellung der angeblich egoistischen Natur des menschlichen Individuums (Münkler/Straßenberger 2020: 191ff.) auf Staaten übertragen und unhinterfragt konstatiert, dass diese ebenfalls »natürlicherweise« egoistischen Einzelinteressen folgten, um ihren Einfluss im internationalen Staatensystem zu vergrößern (vgl. Anderson 2018: 77). Die *Neorealistische Schule* (John Herz; Kenneth Waltz), die sich in den 1960er Jahren herausgebildet hat, lehnt hingegen das pessimistische Menschenbild des Realismus ab und verortet die Machtkonkurrenz im Rahmen eines gesell-

255 Tobias ten Brink verdeutlicht: »Der Idealismus stellt eine auf Fortschrittsannahmen basierende Theorie dar, der zufolge die Mängel des internationalen Systems durch eine bewusste Aufarbeitung ihrer Ursachen beseitigt werden können. Ökonomisch wird damit in der Regel ein liberalmarktwirtschaftliches Modell gefordert. Es wird davon ausgegangen, dass eine arbeitsteilig und freihändlerisch organisierte Weltwirtschaft die Grundlage für eine dauerhafte Friedensordnung bilden kann.« (2008: 38) Zum klassischen Idealismus vgl. Menzel 2015: 32.

256 Zum klassischen Realismus vgl. Menzel 2015: 31. Zu der Schule der Realisten im Kalten Krieg vgl. Anderson 2018: 75ff.; zur Ablösung des Klassischen Realismus durch den Neorealismus vgl. Menzel 2001: 141ff.

schaftlichen Problems: des Sicherheitsdilemmas (Menzel 2001: 141f.). Dabei gehen jedoch sowohl *Realismus* als auch *Neorealismus* davon aus, dass die internationalen Beziehungen durch eine anarchische Grundstruktur geprägt sind, da Staaten im ständigen Wettbewerb um Macht und Sicherheit stünden, was zu Konflikten führe, wenn keine zentrale Zwangsgewalt diese im Zaume halte (ebd.: 21f.). Soziale Kräfte und Akteure wie Unternehmen und Verbände der Zivilgesellschaft kommen hingegen in dem Konzept des Realismus – wie überhaupt die Ebene der Gesellschaft – nicht vor.

Trotz der blinden Flecken und zu kritisierenden Grundannahmen sowie der politischen Ausrichtung dieser Theorien (vgl. Scherrer 1994: 303)²⁵⁷ zählt Cox bestimmte Autoren der (neo-)realistischen Schule zu seinen maßgeblichen Einflüssen (1998a: 37f.). Für Cox ist anschlussfähig, dass der (Neo-)Realismus den Begriff des Konflikts sowie der Macht ins Zentrum der Analyse internationaler Prozesse stellt und sich damit gegen idealistische Konzeptionen der Internationalen Beziehungen wendet (ebd.: 42).²⁵⁸ Entgegen dem Konfliktverständnis des Realismus, »als eine immer wiederkehrende Folge einer dauerhaften Struktur« (ebd.: 40), müsste der Konflikt Cox zufolge einerseits ursächlich betrachtet und andererseits als Motor sozialen Wandels verstanden werden (ebd.). Auch der Machtbegriff werde in der neorealistischen Schule falsch verwendet, da er nur auf der Makroebene vom souveränen Nationalstaat ausgehend erklärt und damit die soziale Basis der Machtbeziehungen nicht mit betrachtet wird (Scherrer 1994: 311ff.).²⁵⁹ Gerade hierdurch werden aber Entwicklungen wie die Dominanz transnationaler Unternehmen oder der zunehmende Einfluss von Nichtregierungsorganisationen und anderer sozialer Kräfte, die nationale Grenzen überschreiten, verfehlt (Gill 2008: 81).

Cox begreift die Theorie des Neogramscianismus explizit als »Kritische Theorie« der internationalen Beziehung (1998a: 33). Diese sei kritisch, weil sie »abseits der vorherrschenden Weltordnung steht und danach fragt, wie diese Ordnung zustande gekommen ist« (ebd.: 32) und damit »die Institutionen, die sozialen Verhältnisse und Machtbeziehungen nicht einfach als gegeben hin[nimmt].« Die Weltordnung wird nach ihren historischen und sozioökonomischen Ursprüngen und politischen Möglichkeiten der Ver-

257 Im Mittelpunkt des Interesses des Neorealismus steht die Frage, »wie die bestehende liberale Weltmarktordnung gesichert werden kann, wobei vor allem die Bedeutung der US-amerikanischen Hegemonie als Garant für wirtschaftliche Stabilität gesehen wird.« (Scherrer 1994: 303) Dabei bieten (neo-)realistischen Theorien der Internationalen Beziehungen jedoch wenig bezüglich der konkreten Analyse der weltwirtschaftlichen Entwicklungen: »Es mangelt mit wenigen Ausnahmen an Versuchen, die komplexen Wechselbeziehungen zwischen Einzelstaaten und ökonomischen Akteuren zu analysieren. Daher käme es darauf an, eine Analyse der Konkurrenz- und Kooperationsverhältnisse des internationalen Staatensystems sowie der international agierenden ökonomischen Akteure im Kapitalismus durchzuführen, die die Unterkomplexität des Neorealismus und anderer Ansätze überwindet.« (ten Brink 2008: 47)

258 Der Realist Hans J. Morgenthau behauptet: »Da Machtstreben das Merkmal internationaler Politik wie aller Politik ist, muss internationale Politik zwangsläufig Machtpolitik sein.« (zit.n. ten Brink 2008: 39)

259 ten Brink konstatiert: »Die auf den Staat zentrierte Perspektive des (Neo-)Realismus tendiert [...] dazu, sozio-ökonomische Prozesse genauso wie die Rolle von sozialen Akteuren außerhalb des Staatsapparats zu vernachlässigen. Der Blick wird lediglich auf die Staaten gerichtet, aber nicht in sie hinein.« (2008: 43)

änderbarkeit hinterfragt (ebd.: 32f.), was sich gegen den Empirismus der Politikwissenschaft richtet.

In expliziter Anlehnung an die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie bezieht sich der neogramscianische Ansatz auf Marx' zentrale Grundeinsicht, dass Produktionsverhältnisse soziale Verhältnisse sind und damit Klassenbeziehungen und soziale Kräfteverhältnisse bestimmen (vgl. Gill 2008: 11). Dies wird bezüglich des transnationalen Kontextes adaptiert (Cox 1998a: 39). Die »sozialen Produktionsverhältnisse« (Cox 1987: 21) bestimmen sich nach den Klassenauseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft und wandeln sich historisch, je nach der Stärke der jeweiligen Klassen, was Auswirkungen auf die politischen Institutionen und damit die Form des Staates sowie die Weltordnung hat (ebd.: 273ff). Eine stringent ausgearbeitete Staatstheorie liegt den neogramscianischen Ansätzen von Cox und Gill sowie dem Amsterdamer Ansatz (Kees van der Pijl; Henk Overbeek; Bastiaan van Apeldoorn) allerdings nicht zugrunde. In der Tradition des *historischen Materialismus* stehend begreifen sie den Staat primär durch die Produktionsverhältnisse und die daraus resultierende gesellschaftliche Klassenstruktur bestimmt (ebd.: 18).

Neogramscianische Analysen untersuchen vor allem den Einfluss von transnationalen Institutionen (Cox; Gill) und Think Tanks sowie Elitenetzwerken (van der Pijl; Overbeek) auf die Meinungen und Einstellungen der Individuen in der Gesellschaft. Hierfür dient die *Hegemonietheorie* des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891–1937),²⁶⁰ auf den sich auch die Selbstbezeichnung der Neogramscianer_innen bezieht. Hegemonie bezeichnet nach Gramsci, dass partikulare Interessen und politische Ideen bestimmter sozialer Kräfte und Klassen zu gesellschaftlich dominierenden Ideen werden, weil sie konsensual von der Bevölkerung aufgenommen werden. Diesbezüglich ist Gramscis Verständnis des Staates als *integraler* beziehungsweise *erweiterter Staat* grundlegend (vgl. Kap. 5.4.3). Gramsci überwindet hiermit die klassische staatszentrierte Perspektive politischer Herrschaft und verdeutlicht, dass Staat und Zivilgesellschaft keine abgegrenzten Entitäten darstellen, sondern gegenseitig durchdrungen sind. Der Staat muss demnach in einem umfassenderen Verständnis begriffen werden, da er die Zivilgesellschaft als staatlichen Vorraum einschließt. Durch dieses erweiterte Staatsverständnis zeigt sich, dass auch der zivilgesellschaftliche Raum nicht als staats- und herrschaftsfrei zu verstehen ist, wie es in politik- und sozialwissenschaftlichen Theorien über die Zivilgesellschaft prominent vertreten wird (u.a. Habermas 1990: 46).

Gramscis noch nationalstaatlich gedachte grundlegende Einsicht, dass bürgerliche Herrschaft sich nicht allein auf den Staat im engen Sinne, sondern auf Hegemonie in der Zivilgesellschaft und damit auf gesellschaftlichen Konsens stützt,²⁶¹ wird durch die Neogramscianer_innen auf die Ebene der internationalen Politik übertragen (Cox 1998b:

260 Antonio Gramsci war ein italienischer Philosoph, Literaturwissenschaftler, Journalist und Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens. Jahrelang war er im Gefängnis eingesperrt durch die italienischen Faschisten (Fiori 2013: 320ff.). Er starb 1937, im Alter von 46 Jahren, kurz nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis. Zur Biographie Gramscis vgl. Fiori 2013.

261 In der Kommunistischen Internationale war die Position Gramscis absolut marginalisiert (Fiori 2013: 204). Dort wurde die Macht der herrschenden Klassen nicht hegemonie-, sondern monopoltheoretisch begründet. Damit wurde aber die differenzierte Struktur des politischen Überbaus ignoriert und der Staat auf einen Macht- und Zwangsapparat im Dienst des Monopol- und Finanz-

78ff.). Cox begreift globale Hegemonie als dominierende Akkumulations-, Gesellschafts- und Regulationsstruktur auf der weltwirtschaftlichen Ebene (ebd.: 82).

Die Arbeiten Gramscis, die allgemein dem *Westlichen Marxismus* zugeordnet werden (Anderson 1978: 117ff.), da Gramsci von einem instrumentellen marxistischen Staatsverständnis abweicht und die kulturelle Sphäre als Ort des Politischen in seine Analysen mit einbezieht, haben in den letzten Jahrzehnten eine breite Rezeption in den unterschiedlichsten sozialwissenschaftlichen Disziplinen erfahren, nicht nur in der kritischen Staatstheorie (vgl. Anderson 2018).²⁶² Auch wenn Gramsci sich selbst als Schüler Lenins verstand (vgl. Kebir 1991: 17), praktizierte er einen »offenen Marxismus«, wie Stuart Hall konstatiert (2012: 57). Hierdurch ist er trotz seines Klassenreduktionismus (vgl. Zeiler 2017: 56)²⁶³ anschlussfähig für weitere sozialwissenschaftliche Untersuchungen bestimmter Politikfelder.²⁶⁴

kapitals verkürzt. Erst im Kontext von Eurokommunismus und dem Einfluss des Westlichen Marxismus wurde Gramsci wieder anschlussfähig (Kebir 1991: 33ff.).

- 262 Bob Jessop hebt hervor: »Gramsci ist fast der einzige marxistische Staatstheoretiker, dessen Arbeit nachhaltig herausragt und noch in den 1990er Jahren verbreitete kritische Beachtung erfährt.« (2007: 16) Vgl. zu Gramscis Wirkung auch Razmig Keucheyan: Die guten Fragen des Antonio Gramsci, in: *Le Monde Diplomatique* 10.08.2012.
- 263 Gramscis Fokus beschränkt sich zu sehr auf Klassenverhältnissen (Mouffe/Laclau 2012: 113). Zur Kritik am Ökonomismus des Marxismus bei Gramsci vgl. Hall 2012: 63ff. Daher muss seine Hegemonietheorie im intersektionalen Sinne u. a. um Ethnisierungsprozesse (Hall 2012: 84ff.) und Prozesse der Vergeschlechtlichung erweitert werden (vgl. Sauer 2001). Diese sind ebenfalls als Herrschafts- und Hegemonieverhältnisse zu fassen. Der Staat wird folglich auch bei Gramsci lediglich als Klassenherrschaft interpretiert, wodurch seine spezifische Qualität unzureichend analysiert bleibt (Zeiler 2017: 56).
- 264 Für viele Sozialwissenschaftler_innen liefert Gramsci vor dem Hintergrund des Scheiterns des Leninismus und des Sowjetmarxismus den wichtigsten Beitrag zur Entwicklung des politischen Denkens in der Tradition des Marxismus/Sozialismus. Vgl. Axel Berger: Liebling Gramsci, in: *Jungle World*, 20.06.2007. Einen großen Einfluss hatten Gramscis Arbeiten auf die Cultural Studies um Stuart Hall (2012), die mit der Hegemonietheorie den Thatcherismus der 1980er Jahre als hegemoniales Projekt begriffen haben (vgl. Anderson 2018: 113). Die indischen Subaltern Studies wenden sich durch den Bezug auf Gramscis Begriff der Subalternen gegen eine nationalistische Geschichtsschreibung im Sinne der Unabhängigkeitsbewegung Indiens und legen den Fokus auf die Kämpfe der subalternen Klassen, vor allem der Arbeiter_innen, Bäuer_innen und Armen. Vgl. Partha Chatterjee: Geschichtsschreibung von unten. Historikerstreit in Indien. Die Schwierigkeiten, Kolonialgeschichte von unten zu erzählen, in: *Le Monde Diplomatique* 10.02.2006. Zu den Subaltern Studies vgl. auch Anderson 2018: 113. Postmarxistische Theorien wie die von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe übertragen den Hegemoniebegriff Gramscis auf weitere gesellschaftliche Antagonismen gegenüber dem Klassenantagonismus (2012: 175ff.). Auch feministische Diskurse und die Queer-Studies verwenden den Hegemoniebegriff für ihre Analysen. Zudem nutzt auch die Neue Rechte (vgl. Brumlik 2016) durch Alain de Benoist (Priester 2003: 247ff.) und neoliberale Kräfte Gramscis Hegemonietheorie. Vgl. George, Susan (1997): How to win the war of ideas. Lessons from the Gramscian Right, in: https://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/War_of_Ideas.pdf [abgerufen am 10.12.2021].

5.4.3 Hegemonie und Zivilgesellschaft. Der integrale Staat als erweiterter Staat

Die für die Neogramscianer_innen grundlegende Kategorie der *Hegemonie* hat in der jüngeren Begriffsgeschichte mehrere Wandlungen vollzogen (vgl. Anderson 2018: 11ff.).²⁶⁵ Wird Hegemonie in den Internationalen Beziehungen der Politikwissenschaft als Vorherrschaft in Bezug auf die Dominanz eines Staates verstanden (Menzel 2015: 40f.),²⁶⁶ bezieht Gramsci Hegemonie primär auf die *innenpolitischen* Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Für Gramsci wird Herrschaft nicht lediglich politisch durch Gewalt, sondern immer zugleich *ökonomisch*, *politisch* und *ideologisch* durchgesetzt und reproduziert (Becker 2002: 102). Um Herrschaft und ihre Auswirkungen erfassen zu können, entwickelt er sein Konzept der (kulturellen) Hegemonie. Dieser von Gramsci eingeleitete Paradigmenwechsel bezüglich der ideologiekritischen Betrachtung von Macht und Herrschaft besteht in der zentralen Erkenntnis, dass sich politische Herrschaft nicht lediglich repressiv über Zwang und Gewalt des Staates, sondern wesentlich über die Herstellung der Zustimmung und des Einverständnisses der Beherrschten selbst gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Ordnung konstituiert und reproduziert. Herrschaft in bürgerlichen Gesellschaften generiert sich folglich vor allem durch *Konsens* (Gramsci 2012: GH 6, 1947).²⁶⁷ Durch Konsens erfolgt ein aktives und affirmatives Sich-Eingliedern auf der Seite der Beherrschten in die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse.

Diesbezüglich legt Gramsci sein Hauptaugenmerk auf die Kultur und entdeckt diese als Ort der Herrschaftsausübung gegenüber der ökonomischen Sphäre des Traditions-marxismus (Fiori 2013: 326f.). Die geistig-moralische Führung wird in der modernen kapitalistischen Gesellschaft umso wichtiger, womit die Konsenselemente gegenüber den Zwangselementen an Bedeutung gewinnen. Für Gramsci geschieht dies vor allem über die als ›privat‹ geltenden Institutionen der Bildung, Medien, Parteien, Diskussionsforen etc. (Gramsci 1980: 228). Die Fokussierung auf die kulturelle Sphäre durch den Literaturwissenschaftler, Journalisten und Philosophen Gramsci (Fiori 2013: 144) erfolgt vor allem durch seine Überlegungen bezüglich der Frage, warum es in den kapitalistischen Ländern Anfang des 20. Jahrhunderts keine siegreiche proletarische Revolution gegeben hat, diese allerdings – entgegen der Marx'schen Prognosen – im agrarisch geprägten Russland erfolgreich war (ebd.: 327). Gramsci begründet dies damit, dass politische Herrschaft in den westlichen Gesellschaften nicht lediglich durch staatliche Repression – wie in Russland Anfang des 20. Jahrhunderts –, sondern in der *Zivilgesellschaft* durch

265 Der Begriff der Hegemonie findet sich bereits in der griechischen Antike und bezeichnet dort die freiwillig akzeptierte Führungsrolle innerhalb einer mit militärischer Zielsetzung gebildeten Allianz von Stadtstaaten (Anderson 2018: 11). Jahrhundertlang tauchte das Wort dann kaum noch auf, bevor Hegemonie in den letzten Jahrzehnten »zum zentralen Begriff« avancierte (ebd.: 25).

266 Zur Entwicklung des Hegemoniebegriffs in den Internationalen Beziehungen vgl. Menzel 2015: 40f.; Anderson 2018.

267 Gramsci zeigt auf, »dass sich die Suprematie einer gesellschaftlichen Gruppe auf zweierlei Weise äußert, als ›Herrschaft‹ und als ›intellektuelle und moralische Führung‹« (2012: GH 6, 1947). Konsens bei Gramsci ist immer Ausdruck von Hegemonie sowie Kristallisation von Machtverhältnissen und nicht wie in Habermas' Diskursethik Übereinkunft durch den »zwanglosen Zwang des besseren Arguments« (Habermas 1995: 53).

Hegemonie im Sinne von Konsens und Zustimmung der Beherrschten ausgeübt und abgesichert wurde (Gramsci 2012: GH 10, 1267). Durch die hegemoniale und ideologische Einbindung der Arbeitenden in das Projekt der Herrschenden hatten revolutionäre Bestrebungen u.a. in Deutschland keinen Bestand (Hobsbawm 1989: 144).²⁶⁸

Für Gramsci bezeichnet Hegemonie die Fähigkeit der herrschenden Klassen, ihre Interessen dahingehend durchzusetzen, dass sie von den subalternen Kräften als Allgemeininteresse wahrgenommen werden, wodurch weitgehend geteilte klassenübergreifende Vorstellungen über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und ihre Entwicklung durchgesetzt werden (vgl. Kebir 1991: 74ff.). Durch Hegemonie wird abgesichert, dass *Partikularinteressen* einer bestimmten sozialen Gruppe und Klasse²⁶⁹ als *Allgemeininteresse* auch der unterdrückten (subalternen) Gruppen und damit der Gesamtgesellschaft angesehen und aufgefasst werden.²⁷⁰ »Organische[n] Intellektuelle[n]« (Gramsci 1980: 222) wie Wissenschaftler_innen oder Journalist_innen – also jenen, die sich in den Dienst einer bestimmten Klasse oder Klassenfraktion stellen oder dieser selbst angehören – kommt die Aufgabe zu, in zivilgesellschaftlichen Institutionen wie Vereinen, Medien oder Wissenschaftsbetrieben bestimmte Ideen auszuformulieren und gesellschaftlich zu vermitteln (vgl. Plehwe/Walpen 2006).²⁷¹ Hegemonie im gramscianischen Sinne umfasst damit die geistige und moralische Führung der beherrschten Klassen, die nicht auf *Dominanz* (im repressiven Sinne), sondern auf *Akzeptanz* (Konsens) beruht. Damit ist auch eine gesamtgesellschaftliche Ordnung – zum Beispiel die bürgerliche Gesellschaft – hegemonial, wenn sie den Konsens einer Mehrheit der Beherrschten ausmacht und nicht länger nur durch den (potenziellen) Einsatz von Zwangs- und Gewaltmitteln (Polizei und Militär) stabilisiert werden muss. Um die grundlegende Gesellschaftsordnung aufrechtzuerhalten macht die hegemoniale Klasse oder Klassenfraktion Konzessionen und materielle Zugeständnisse an die anderen Klassen und Klassenfraktionen, also vor allem an die Beherrschten, »über welche

268 So konstatiert Gramsci: »Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand« (2012: GH 7, 874).

269 Von dem Marxisten Gramsci werden die sozialen Gruppen lediglich klassenreduktionistisch als die bürgerliche Klasse und die arbeitende bestimmt. Dabei sei Hegemonie an die Produktionsverhältnisse rückgekoppelt: »Hegemonie entspringt in der Fabrik und braucht zu ihrer Ausübung nur eine minimale Menge professioneller Vermittler der Politik und der Ideologie.« (2007: 55)

270 Dies zeigt sich beispielsweise aktuell in der medialen Verbreitung der Forderung der Arbeitgeberverbände, im Zuge der globalen Standortkonkurrenz die Löhne in Deutschland zu senken (oder den Mindestlohn nicht zu erhöhen), damit Deutschland in der globalisierten Weltwirtschaft gesamtgesellschaftlich profitiert, auch wenn es hier in Wirklichkeit um die Aufrechterhaltung der Profitgenerierung deutscher Unternehmen geht. Vgl. zum Beispiel eine solche ideologische Argumentation in: Standort Deutschland. Die Kosten sind das Problem, in: *iwd. Der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft*, 25.1.2019 [Autor_in unbekannt].

271 Bezüglich des Einflusses bestimmter Wirtschaftswissenschaftler_innen als organische Intellektuelle auf die Politik und Meinungen in der Gesellschaft vgl. Patrick Bernau: Ökonomenranking 2014. Auf diese Wirtschaftsforscher hört das Land, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.09.2014.

Hegemonie ausgeübt werden soll.« (Gramsci 2012: GH 17, 1567)²⁷² Es ist das große Verdienst Gramscis, darauf aufmerksam gemacht zu haben, »dass bürgerliche Herrschaft zuerst auf die Herstellung von (asymmetrischen) Kompromissen zielt.« (Wissel 2015: 65)

Hierdurch unterscheidet sich Gramscis Hegemoniebegriff substanziell von dem im klassischen Marxismus vorherrschenden Konzept der Ideologie als »falsche[s] Bewusstsein[]« (Rehmann 2008: 24ff.) der unterdrückten Klassen.²⁷³ Hegemonie ist umfassender als das marxistische Verständnis von (bürgerlicher) Ideologie, denn es geht durch sein Praxisverständnis über dieses hinaus (Eagleton 2000: 133):²⁷⁴ Hegemonie stellt sich gerade nicht von selbst ein, sondern muss immer *aktiv* organisiert und permanent auch gegen Widerstände erneuert werden. Dabei finden gesellschaftliche Kämpfe²⁷⁵ um Hegemonie in der Zivilgesellschaft statt, die in Bündnissen ausgetragen werden. Auseinandersetzungen um Hegemonie ist damit für Gramsci ein »Kampf um die Köpfe«.²⁷⁶ Jede Form hegemonialer Herrschaft ist prinzipiell instabil und durchdrungen von oppositionellen Bewegungen sowie Ansichten und kann angefochten werden. Die Erringung von Hegemonie kann folglich auch einen emanzipatorischen Akt darstellen (Mouffe/Laclau 2012: 189ff.), weswegen das Verständnis von Hegemonie und von hegemonial abgesicherter Herrschaft für eine Soziopolitische Bildung sowohl im analytischen, als auch im emanzipatorischen Sinne grundlegend ist. Hegemonie ist dabei immer an die Zivilgesellschaft gebunden.

Gramscis Sichtweise auf *Zivilgesellschaft* unterscheidet sich allerdings gegenüber den meisten Ansätzen der Sozialwissenschaften (u. a. Crouch 2011: 213). In diesen dominiert das Verständnis von Zivilgesellschaft als »Vorstellung einer rational diskutierenden

272 So muss »[e]ine hegemonietheoretische Perspektive [...] den Fokus auf die Mechanismen richten, in denen die Beteiligung der Herrschaftsunterworfenen an einem gesellschaftlichen Projekt als konkrete Verbesserung der persönlichen Lebenssituation erlebt wird, als ökonomische Entlastung, als Anerkennung der eigenen Identität, als Zugewinn von Autonomie oder als Erweiterung von Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit – freilich innerhalb restriktiver und herrschaftsförmiger Strukturen.« (Stecker 2013: 234)

273 Bis dato haben Marxist_innen die Zustimmung der Subalternen zum herrschenden System relativ undifferenziert betrachtet, Marx' Aussage folgend: »Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende *geistige* Macht.« (2004c: 446) Das Bewusstsein der Arbeiter_innen wurde demnach, weil es nicht ihr eigenes Bewusstsein war, sondern ein von der herrschenden Klasse »übernommenes«, als »falsches Bewusstsein« bezeichnet (vgl. Rehmann 2008: 38).

274 Das Konzept der Hegemonie ist umfassender als das der Ideologie, weil es zwar Ideologie umfasst, auf diese jedoch nicht reduziert werden kann. Herrschende soziale Kräfte können zum Beispiel Zustimmung zu ihrer Macht über ideologische Mittel herstellen, sie können dies allerdings auch durch Zugeständnisse erreichen, indem sie etwa das Steuersystem so verändern, dass es für Subalterne vorteilhaft ist (Eagleton 2000: 133). Zu Hegemonie, Ideologie und Alltagsverstand bei Gramsci vgl. Rehmann 2008: 82ff.

275 In Gramscis Schriften wimmelt es von Begriffen militärischer Herkunft wie »Stellungskrieg« und »Bewegungskrieg«. Hier zeigt sich, dass Hegemonie schlussendlich immer auf Gewalt und staatlicher Repression beruht (Anderson 2018: 39f.).

276 Vgl. Book, Carina (2019): Der Kampf um die Köpfe, <https://www.stadtkulturmagazin.de/2019/12/der-kampf-um-die-koepfe/> [abgerufen am 12.11.2021].

Öffentlichkeit« (Becker 2002: 129).²⁷⁷ Dieser Ansicht zufolge wird Zivilgesellschaft in Anlehnung an das bürgerliche »Prinzip der Trennung von Staat und Gesellschaft« (Habermas 1992: 215) als weitgehend selbstregulierter sozialer Raum bürgerschaftlichen Engagements oder »Infrastruktur der gesellschaftlichen Kommunikation zwischen Staat, Ökonomie und Privatsphäre« begriffen (Kißler 2007: 236).²⁷⁸ Normativ aufgeladen wird hierbei die Zivilgesellschaft dem bürgerlichen Trennungsdispositiv von privat und öffentlich (Sauer 2001: 184; vgl. Kap. 5.8.3) analog als tendenziell herrschaftsfrei und den ökonomischen Machtinteressen gegenüberstehenden Raum gesehen, der als Korrektiv zum vermachteten Staat sowie privatkapitalistischen Unternehmen stehe (Habermas 1990: 46). Einerseits wird in ihr im kommunitaristischen Verständnis Bürgerengagement und Eigenverantwortlichkeit verortet (vgl. Kißler 2007: 237) – wodurch diese Konzeption von Zivilgesellschaft politisch für die Ideologie des Neoliberalismus (vgl. Biebricher 2021) nutzbar gemacht werden kann (Fisahn 2008: 230)²⁷⁹ –, andererseits werden hier als nicht profitorientierte und gemeinnützig geltende Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie Greenpeace, Attac oder Amnesty International lokalisiert. Eine differenziertere Sichtweise (Benz 2008: 196) zählt zudem unterschiedliche Interessensverbände zur Zivilgesellschaft. Hierdurch wird deutlich, dass nicht nur das Interesse der Allgemeinheit, sondern auch Partikularinteressen in zivilgesellschaftlichen Institutionen vertreten werden. Allerdings geht auch diese Sichtweise von der prinzipiellen Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Institutionen gegenüber dem Staat und seiner Staatsapparate aus.

Gegenüber der liberalen Demokratietheorie (vgl. Massing/Breit 2003) weist Gramscis Verständnis von Zivilgesellschaft (vgl. Kebir 1991) die behauptete Trennung von *Staat* und *Gesellschaft/Ökonomie* zurück. Vielmehr geht Gramsci davon aus, dass sich die Bereiche Staat und Zivilgesellschaft gegenseitig bedingen und durchdringen, also dialektisch vermittelt sind. Damit ist die Zivilgesellschaft – und das unterscheidet seinen Ansatz grundlegend vom dominierenden Zivilgesellschaftsverständnis der Sozialwissenschaften – kein neutrales Feld der Kommunikation und auch kein herrschaftskritischer und -freier Gegenpol zu den etablierten politischen Machtzentren sowie zur vermachteten Sphäre des Marktes, wie dies weiterhin von einigen globalisierungskritischen Organisationen (u.a. Attac) konstatiert wird. In der Zivilgesellschaft materialisieren sich vielmehr divergierende Interessen und ungleiche Machtverhältnisse sozialer Akteure und Klassen, die um gesellschaftlichen Einfluss und politische Gestaltung ringen. Die Zivilgesellschaft ist der Ort der politischen Herrschaftsausübung und damit des Politischen. Sie ist Gramsci zufolge dem Staat im erweiterten Sinne zuzuordnen (vgl. Eagleton 2000: 134), da zivilgesellschaftliche Institutionen wie Fernsehen, Rundfunk,

277 Zu den unterschiedlichen Ideen der Zivilgesellschaft vgl. Wood 2010: 242ff.

278 So behauptet Habermas: »Das Prinzip der Trennung von Staat und Gesellschaft fordert in seiner abstrakten Fassung eine Zivilgesellschaft, also Assoziationsverhältnisse und eine politische Kultur, die von Klassenstrukturen hinreichend entkoppelt sind.« (1992: 215) Zum Zusammenhang des Konzepts der Zivilgesellschaft und dem Entstehen eines wirtschaftlich erstarkten Bürgertums und dessen politischen Emanzipationsbestrebungen vgl. grundlegend Habermas 1990.

279 Zur normativen Aufladung des Begriffs der Zivilgesellschaft in Gestalt des Kommunitarismus und ihre Verbindungen zur Ideologie des Neoliberalismus vgl. Kißler 2007: 237.

Zeitungen und Bildungswesen hochgradig staatlich durchdrungen sind und ihre Funktion auch darin besteht, Staatlichkeit zu *sichern*. Damit ist neben dem Staat im engen Sinne auch die Zivilgesellschaft das politische Feld und der umkämpfte Ort, an dem um die allgemeine Anerkennung von Interessen und politischen Projekten gerungen wird. Einerseits wird in der Zivilgesellschaft der Konsens der Beherrschten organisiert (vgl. Stützle 2014: 109), andererseits werden in ihr auch gegen-hegemoniale Ansichten und konkurrierende Gesellschaftsprojekte gebildet und verbreitet, folglich Hegemonie angefochten (Hirsch 2005: 94).²⁸⁰ Damit geht Hegemoniegewinnung im Anschluss an Gramsci auch über den gewöhnlichen *Lobbyismus* (vgl. Leif/Speth 2006) hinaus, weil dieser in der Regel lediglich als die intentionale Beeinflussung der Gesetzgebung durch soziale Akteure – zum Beispiel aus der Wirtschaft – im Sinne der Einwirkung auf Politiker_innen verstanden wird (vgl. Crouch 2008).²⁸¹

Die Zivilgesellschaft ist demnach »kein Monolith, sondern der politische Ausdruck der sozial tief gespaltenen bürgerlichen Gesellschaft.« (Becker 2002: 133) Gramsci versteht im marxistischen Sinne die Zivilgesellschaft als den Ort, an dem die *herrschende* soziale Ordnung stabilisiert wird. Gegenhegemoniale Praktiken der subalternen Kräfte werden in seinem Werk allerdings kaum beschrieben. Er beschränkt sich auf die bürgerliche Klasse.

Dass Klassenherrschaft vor allem in der Zivilgesellschaft ausgeübt wird und nicht auf den Staat im engen institutionalistischen Sinne beschränkt werden kann, beschreibt Gramsci mit dem von ihm geprägten Begriff des *Integralen Staates* (vgl. Kebir 1991: 69). Obwohl Leninist (vgl. Fiori 2013: 200ff.), gibt sich Gramsci nicht damit zufrieden, im Sinne Engels und Lenins den Staat primär als Instrument bürgerlicher Klassenherrschaft funktionalistisch auf seine unterdrückende Funktion und seine repressiven Apparate wie Militär oder Polizei zu reduzieren. Gramsci wendet sich explizit gegen einen engen Staatsbegriff (vgl. 2012: GH 6, 815), der lediglich den Staatsapparat fokussiert.

Entgegen der liberalen Auffassung der Trennung von Staat und (Zivil-)Gesellschaft hat Gramsci ein Politik- und Staatsverständnis im weiten Sinne,²⁸² weswegen er den modernen Staat als »erweiterten« oder »integralen Staat« (2012: GH 8, 1043) begreift.²⁸³ Für ihn umfasst der bürgerliche Staat als integraler Staat die *politische Gesellschaft* und die *Zivilgesellschaft*, was gegen ein enges Staatsverständnis gerichtet ist.²⁸⁴ Staat und Gesell-

280 Vgl. dazu Ulrich Brand: Konsens und Kampf. Über Globalisierungskritik, Hegemonie und Gegen-Hegemonie, in: *Jungle World*, 02.03.2005.

281 Vgl. Karsten Polke-Majewski/Sascha Venohr: Lobbyismus der Finanzindustrie: Wie die Finanzlobby die Politik beeinflusst, in: *Die Zeit*, 08.12.2020.

282 Zu Gramscis Staatstheorie vgl. Kebir 1991; Zeiler 2017: 49ff.

283 Der Staat wird auf der Grundlage der Produktionsverhältnisse neben dem Bereich der Ideologie als autonome Sphäre in einem integralen Ganzen – der kapitalistischen Produktionsweise – begriffen. Dieses Ganze lässt sich jedoch nicht wie im klassischen Marxismus allein durch ökonomische Analysen bestimmen.

284 Gramsci fasst dieses Verhältnis unter die bekannte Formel: »Staat = politische Gesellschaft und Zivilgesellschaft« (2012: GH 14, 783). Diese Ansicht belegen in der jüngeren Vergangenheit PR-Strategien der 1970er Jahre, die sich auf sogenanntes Managementwissen beziehen, etwa die von W. Howard Chase: »Wir zögern nicht [...], von unternehmerischem Politikmanagement zu sprechen. Staatliche Politik ist keine ausschließliche Angelegenheit der Regierung. In unserer pluralistischen Gesellschaft ist Politik das Resultat einer Interaktion öffentlicher und privater Standpunkte. Das

schaft werden als gegenseitig durchdrungen und maßgeblich durcheinander bestimmt verstanden. Der Staat wirkt vor allem über die Zivilgesellschaft auf die »öffentliche Meinung« (Gramsci 2012: GH 7, 916f.). Die Herrschaftsfunktion der Zivilgesellschaft und damit der kulturellen Sphäre sowie der generelle Herrschaftscharakter der bürgerlichen Gesellschaft wird jedoch als vermeintlich unpolitisch verschleiert. Dabei beinhaltet der integrale Staat jedoch verschiedene zivilgesellschaftliche Felder, auf denen um politische und kulturelle Hegemonie gerungen wird (Wissel 2015: 30). Dies impliziert staatliche als auch nicht-staatliche, folglich private Institutionen wie schulische und universitäre Bildungseinrichtungen, wissenschaftliche Institute, Stiftungen, politische Parteien, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Interessensorganisationen, Buchverlage, Zeitschriften, Fernsehen und Theaterhäuser etc. Durch diese Institutionen wird maßgeblich der hegemoniale Diskurs *in* der Gesellschaft konstituiert. In politikwissenschaftlichen Ansätzen gelten gerade diese genannten Institutionen als »privat« – abgesehen der staatlichen –, was jedoch eine verkürzte Sichtweise darstellt, denn ihre Existenz und ihr Wirken wird gerade staatlich reguliert, weswegen »[j]edwede Gegenüberstellung von Staat und Zivilgesellschaft [...] konzeptuell ebenso falsch [ist] wie die Gegenüberstellung von Staat und Markt.« (Beckert 2006: 438)

Allerdings wird auch der Zwangscharakter des Staates vom Leninisten Gramsci nicht negiert, sondern um das beschriebene Konzept der Konsensgewinnung und Absicherung von Herrschaft über die Zivilgesellschaft *erweitert* (Gramsci 2012: GH 10, 1725). Klassendominanz durch staatliche Herrschaft beschränkt sich damit nicht auf Rechtssetzung, Rechtsprechung, die Macht der Exekutive oder das Gewaltmonopol des Staates – was allerdings weiterhin als Letztinstanz der Absicherung von Herrschaft fungiert –, sondern impliziert primär Willens- und Meinungsbildungsprozesse, die Schaffung von Bündnissen, Kompromissen und Konsens in der staatlich durchdrungenen Zivilgesellschaft (Jessop 2007: 16). Auf funktionaler Ebene heißt das, der Staat ist »Hegemonie, gepanzert mit Zwang« (Gramsci 2012: GH 4, 783). Terry Eagleton verdeutlicht:

»Der bürgerliche Staat greift auf Gewalt zurück, wenn er dazu gezwungen ist, aber er riskiert damit auch einen drastischen Verlust an ideologischer Glaubwürdigkeit. Für die Macht ist es besser, unsichtbar zu sein, sich im ganzen Gewebe des sozialen Lebens auszubreiten und damit in Form von Gebräuchen, Gewohnheiten, spontanen Praxen »naturalisiert« zu sein.« (2000: 137)

Damit übt für Gramsci die hegemoniale Klasse auf zweierlei Weise Herrschaft aus, *führend* und *herrschend* (1980: 277).²⁸⁵

Nach Gramsci bildet sich durch die Durchsetzung eines hegemonialen Projektes in der Gesellschaft ein »historischer Block« (zit. n. Cox 1998b: 76), der Allianzen der hege-

Unternehmen als Institution hat alle Rechte, moralische wie gesetzliche, an der politischen Entscheidungsfindung teilzunehmen und muss sich nicht damit begnügen [...], auf die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zu reagieren.« (zit. n. Chamayou 2019: 175)

285 Gramsci verdeutlicht: »Eine soziale Gruppe kann schon vor der Eroberung der Regierungsmacht führend auftreten, ja sie muss es sogar (dies gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Eroberung der Macht). Später, wenn sie die Macht ausübt und sie sogar fest in der Hand hat, herrschend geworden ist, muss sie aber auch weiterhin »führend« bleiben.« (1980: 277)

monial führenden Gruppierung umfasst. Jedoch muss dieser nicht unbedingt auch die Macht im Staat erlangt haben, sondern kann durch das zivilgesellschaftliche Vorfeld des Staates gesellschaftlich führend sein. Der historische Block bildet die soziale Basis für die gesamte soziale Ordnung im Sinne eines relativ kohärenten Ensembles von Zwangs- und Konsensinstitutionen, einschließlich einer besonderen gesellschaftlichen Entwicklungsweise, die sich über einen längeren Zeitraum hinweg reproduziert. Der Fordismus ist dafür ein Beispiel (vgl. Kap. 5.3.4).²⁸⁶

Gramscis grundlegende Erkenntnis, dass politische Herrschaft auch und vor allem über die Zivilgesellschaft durch Hegemoniegewinnung ausgeübt wird, ist für eine Soziopolitische Bildung zentral, um politische Projekte unter machtkritischen Gesichtspunkten und damit Herrschaftsverhältnisse in der Gesellschaft zu erfassen und analytisch bestimmen zu können.

Somit lassen sich Strategien neoliberaler Akteure der gesellschaftlichen Einflussnahme nachweisen, eine bestimmte hegemoniale Ordnung zu etablieren. Um auf öffentliche Debatten einzuwirken und diese nach ihren Partikularinteressen zu prägen, nutzen sie neben dem klassischen Lobbying Instrumente der Kampagnenarbeit und des Einflusses von u. a. wissenschaftlichen Instituten, politischen Stiftungen, Denkfabriken (Think Tanks) und sogenannter Elitenetzwerke (vgl. Plehwe/Walpen 2006).²⁸⁷

Intellektuelle aus Wissenschaft, Lehre und Medien wirken intentional auf das Alltagsbewusstsein der Bevölkerung ein. Susan George zeigt für die USA, wie Institute und Stiftungen von Konzernen der Tabak-, Junkfood- und Pharmaindustrie beauftragt werden, »Untersuchungen oder populärwissenschaftliche Artikel mit dem Ziel [zu] schreiben, die Öffentlichkeit [für ihre Profitinteressen] zu verunsichern – selbst im Hinblick auf bestens belegte Erkenntnisse der Wissenschaft.« (2014: 85) Das *Heartland-Institute* ist beispielsweise eine Institution, die sich der Klimaleugnung verschrieben hat und auf den

286 Kann kein gesellschaftlicher Block eine Hegemonie erzielen, dann gewinnen andere Methoden, wie Klientelismus (Zusammenwirken von Parteien und Teilen des Staatsapparats) sowie Repression an Bedeutung (Becker 2002: 135). Gramsci prägte für die politische Durchsetzung eines Vorhabens ohne hegemoniale Absicherung den Begriff der »passiven Revolution« (Cox 1998b: 76): »Das Konzept der passiven Revolution ist also das Gegenstück zum Konzept der Hegemonie, denn es beschreibt den Zustand einer nicht-hegemonialen Gesellschaft, einer Gesellschaft, in der keine herrschende Klasse in der Lage ist, eine Hegemonie im gramscianischen Sinne zu errichten.« (ebd.) Dies zeigt sich u. a. in der autoritären Absicherung neoliberaler Ordnungsvorstellungen und Prinzipien während der Schuldenkrise der EU ab 2009 (vgl. Kap. 5.5.6).

287 Der auch in den kritischen Sozialwissenschaften immer wieder benutzte Begriff der (politischen) *Elite* (u. a. Hartmann 2013) ist nicht unproblematisch. Im 19. Jahrhundert wurde er zur Rechtfertigung aristokratischer Herrschaft benutzt. Die italienischen Elitetheoretiker Anfang des 20. Jahrhunderts (Gaetano Mosca; Vilfredo Pareto) nutzten ihn, um Volksherrschaft im wörtlichen Sinne als Illusion zu entlarven. Sie gingen davon aus, dass es stets, auch in der Demokratie, eine herrschende und eine beherrschte Klasse gebe und dass es sich bei den Herrschenden, in welcher Staatsform auch immer, um die Macht einer »organisierten Minderheit« handle (Rudzio 2019: 465). Der bekannteste Elitenforscher Deutschlands, Michael Hartmann, versteht unter *Elite* »jene Personen [...], die aufgrund ihrer Position an der Spitze wichtiger gesellschaftlicher Organisationen in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen.« (2013: 21) Für Hartmann rekurriert sich die Elite vor allem aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Justiz und Verwaltung (ebd.: 26).

internationalen Klimakonferenzen die Überzeugung zu verbreiten versucht, dass nicht die industrielle Produktionsweise für die Erwärmung verantwortlich sei.²⁸⁸ Es ist eine Institution des US-Industriekapitals.

Beispiele für Hegemoniegewinnung in Deutschland zeigen sich deutlich im Bereich der Schule. U.a. wurde die 1998 gegründete Initiative »business@school« (vgl. Engartner 2021: 55)²⁸⁹ von der Unternehmensberatung Boston Consulting Group gegründet und soll in der Schüler_innenschaft unternehmerisches Denken forcieren, was auf eine marktradikale Unternehmer_innensicht hinausläuft. Die Sicht von Arbeitnehmer_innen, Gewerkschaften und Konsument_innen sowie die Prinzipien Solidarität, Sozialpartnerschaft und Nachhaltigkeit bleiben dabei außen vor.²⁹⁰ Ähnliche Initiativen (vgl. ebd.: 51) sind »Handelsblatt macht Schule« und »Unternehmergeist in die Schulen«.²⁹¹ Letztere ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie initiiert. Hieran zeigt sich deutlich, wie Staat und zivilgesellschaftliche Organisationen gegenseitig durchdrungen sind. Generell versuchen Unternehmerverbände auch verstärkt ihre Interessen durch die Verbreitung von selbst gestalteten Unterrichtsmaterialien mit ihren jeweiligen politischen und ökonomischen Zielen in der Schule durchzusetzen.²⁹²

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* (INSM) in Deutschland einer der wichtigsten Think Tanks sowie zentrales Projekt der Einflussnahme der Unternehmerverbände. Gegründet wurde sie im Jahr 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall (vgl. Walter 2016: 185), um durch strategische Öffentlichkeitsarbeit einen hegemonialen Konsens in der Gesellschaft zu etablieren, der darauf abzielt, die Beschneidung des Sozialstaates im marktradikalen Sinne der individuellen Eigenverantwortung und des Leistungswettbewerbs zu akzeptieren (Engartner 2021: 172f.). Verstärkt trat sie in Aktion, um eine gesellschaftliche Anerkennung der in der Gesellschaft unpopulären Reformpolitik der Schröder-Regierung durchzusetzen, die mit ihrer Agenda 2010-Politik und den sogenannten Hartz-Reformen ab 2003 (vgl. Bontrup 2011: 81) große Ablehnung und Widerstände in der Bevölkerung erzeugte (Walter 2016: 185). Die INSM versucht als »Lautsprecher des Kapitals«²⁹³ ihre Ziele über mediale Einflussnahme durch innovative PR-Aktivitäten und Kampagnenpolitik durchzusetzen (ebd.: 184). Dabei war die INSM von Beginn an intentional als hegemonialer Akteur konzipiert, der den Boden für eine neoliberale wirtschafts- und sozialpolitische

288 Vgl. Joeres, Annika/Götze, Susanne (2020): Das Heartland Institute. Wie US-Klimaleugner Politik in Europa machen, <https://correctiv.org/aktuelles/2020/02/04/das-heartland-institute-wie-us-klimaleugner-politik-in-europa-machen/> [abgerufen am 13.11.2021].

289 Vgl. die Homepage von Business@School, <https://www.businessatschool.de/en/news/detail/marc-schmidt-unternehmergeist> [abgerufen am 14.11.2021].

290 Als ehrenamtliche Lehrer_innen fungieren Personen aus Konzernen und Banken. Unterstützt wird die Boston Consulting Group von Konzernen wie Adidas, Commerzbank, Generali, Oracle, Axa, BMW, Ford, Hochtief, Lufthansa, Rewe und der Postbank, seit 2009 Tochterunternehmen der Deutschen Bank. Vgl. dazu: Franziska Schubert: Kampf um die Köpfe im Klassenzimmer ist entbrannt, in: *Frankfurter Rundschau*, 23.01.2019.

291 Vgl. die Homepage von Unternehmergeist macht Schule, https://www.unternehmergeist-macht-schule.de/DE/Startseite/home_node.html [abgerufen am 14.11.2021].

292 Vgl. Lobbyismus an Schulen, https://lobbypedia.de/wiki/Lobbyismus_an_schulen [abgerufen am 15.04.2021; Autor_in unbekannt].

293 Vgl. Götz Hamann: Lautsprecher des Kapitals, in: *Die Zeit*, 04.05.2005.

Neuausrichtung in Deutschland bereiten²⁹⁴ und – so der damalige Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall Hans Werner Busch im Jahr 2004 – »die Notwendigkeit von Reformen in die Köpfe der Bürger bringen«²⁹⁵ sollte.

Auch die *Bertelsmann Stiftung* (vgl. Bontrup 2011: 73) ist ein zentraler zivilgesellschaftlicher Akteur, der immer wieder auf staatliche Entscheidungen Einfluss ausübt. Sie förderte u.a. das Projekt »Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe« von 1999 bis 2003, das die Grundlage für Hartz IV lieferte (vgl. Butterwege 2006: 197). Damit war die Bertelsmann-Stiftung maßgeblich an den Vorarbeiten der Regierungspolitik beteiligt. In diesem Zusammenhang zeigt sich deutlich der integrale Staat Gramscis, denn durch die Hartz-Kommission und die Agenda 2010-Politik wurde die bestehende Parteien-Verbands-Dynamik außer Kraft gesetzt, indem der politische Prozess durch die zivilgesellschaftlichen Akteure und Unternehmerverbände in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung kontrolliert und gesteuert wurde (vgl. Opielka 2008: 86).

5.4.4 Zur Transnationalisierung von Staatlichkeit. Hegemonie in der Weltordnung

Sowohl die Etablierung des Freihandels (vgl. Schui/Blankenburg 2002: 63) und damit des Weltmarktes nach dem Zweiten Weltkrieg – was dann vor allem ab den 1990er Jahren unter dem Begriff der Globalisierung firmieren sollte (vgl. Altvater/Mahnkopf 2002a) –, als auch die Durchsetzung des Neoliberalismus als politische Ordnungsvorstellung der Wirtschaftspolitik ab den 1970er Jahren (vgl. Biebricher 2021) waren politische Projekte, die staatlich die »alte[] Klassenmacht gegen den Einfluss des Keynesianismus« (Plehwe/Walpen 2006: 28) durchgesetzt haben. In der Politischen Bildung dominieren allerdings weiterhin Erzählungen, die die Etablierung des Weltmarktes multikausal durch ökonomische und politische Rationalität, technische Innovation, ökonomischen Sachzwang, kulturelles Zusammenwachsen oder zwangsläufige Entwicklung bedingt darstellen (u.a. Detjen u.a. 2021: 360ff.). Abgesehen davon, dass hier oft Folge und Ursache der Globalisierung verwechselt werden, fehlen in diesen Ausführungen überhaupt Interessensgruppen als soziale Akteure.

294 So verkündete die INSM Anfang der 2000er Jahre: »Wir müssen wieder mehr arbeiten, um unseren Wohlstand zu sichern und nach Möglichkeit zu mehren. Dazu brauchen wir jede Arbeitskraft. Und dafür müssen der Arbeitsmarkt flexibler gemacht und das staatliche Regelwerk durchforstet werden. Dabei muss ein funktionierender Niedriglohntsektor geschaffen werden. Für niemanden darf sich staatlich finanzierte Arbeitslosigkeit mehr lohnen als ehrliche Arbeit.« (zit.n. Stark 2014: 16) Hierauf zielt auch die ideologische Namensgebung, die auf eine *Neuausrichtung* der Sozialen Marktwirtschaft abzielt, jedoch faktisch ihren Abbau beinhaltet.

295 Zit.n. Speth, Rudolf (2004): Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, https://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_096.pdf [abgerufen am 15.03.2021]. Beispielsweise kaufte die INSM Dialoge in der Daily Soap Marienhof und platzierte damit ihre Vorstellungen der Notwendigkeit eines flexibilisierten, deregulierten Arbeitsmarktes im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und damit in der Vorstellungswelt junger Menschen. Vgl. Pit Wuhrer: Der Kampf um die Köpfe, in: *Woz. Die Wochenzeitung*, 26.01.2006. Im Bundestagswahlkampf 2021 schaltete die INSM Anzeigen in Zeitungen und auf Stellwänden gegen das Programm der Grünen und bediente sich hierbei auch antisemitischer Codes. Vgl. Thomas Assheuer u.a.: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Mit allen Mitteln, in: *Die Zeit*, 15.06.2021.

Entgegen diesen oftmals *regimetheoretischen Ansätzen* (Schirm 2019: 47)²⁹⁶ zeigen machtkritische Analysen der IPÖ, dass der Prozess der Globalisierung sowohl in seiner politischen als auch in seiner ökonomischen Dimension maßgeblich politisch intentional initiiert und als hegemoniales »Projekt Globalisierung« (Borg 2001) von bestimmten freihandelsorientierten Kapitalfraktionen, sozialen Akteuren und Interessensgruppen durchgesetzt wurde. Zudem ist auch der postfordistische Restrukturierungsprozess Ende der 1970er Jahre (Neoliberalismus; vgl. Kap. 4.3.2) keinesfalls als einfache Freisetzung ökonomischer Prozesse misszuverstehen, wie es u.a. Altvater und Mahnkopf suggerieren (2007a: 90), sondern als politisches Projekt konkreter sozialer Akteure zu begreifen (vgl. Plehwe/Walpen 2006). Für ein vertieftes Verständnis der Globalisierung darf daher nicht auf einen Etatismus zurückgefallen werden, der allein Staaten als Akteure der internationalen Politik sieht. Neogramscianische Analysen untersuchen, wie konkrete Staatsapparate im Verhältnis zu *erstens* Interessen bestimmter Klassen und Klassenfraktionen, sozialen Akteuren und Gruppen, *zweitens* internationalen (politischen) Institutionen und *drittens* zivilgesellschaftlichen Organisationen stehen.

Vor allem die Prozesse der neuen internationalen Arbeitsteilung, der Internationalisierung des Finanzkapitals und die damit einhergehende Intensivierung der Weltmarktkonkurrenz haben einerseits erhebliche Auswirkungen auf die politische Regulierungsform des Staates sowie die Stellung und Funktion des Nationalstaates innerhalb des internationalen Staatensystems (vgl. ten Brink 2008), andererseits werden diese Prozesse überhaupt erst durch die Staaten ermöglicht. Hierbei reproduziert sich das dialektische Verhältnis von Staat und Gesellschaft auf globaler Ebene als Verhältnis zwischen Staaten und globaler Weltgesellschaft beziehungsweise globaler Ökonomie.

Unter dem Blickwinkel der IPÖ lassen sich diesbezüglich *Transformationsprozesse von Staatlichkeit* feststellen (Bieling/Huttmann 2016: 11), sodass nicht mehr vom souveränen modernen Nationalstaat des Anfangs des 20. Jahrhunderts (vgl. Benz 2008) gesprochen werden kann. Wie bereits in Kapitel 4.3.4 erläutert, ist der Begriff der Staatlichkeit passender – da analytisch offener –, um den gegenwärtigen Sachverhalt der wachsenden Supranationalisierung und Verflechtung politischer Institutionen, die nicht mehr an den Staat gekoppelt sind, allerdings staatliche Aufgaben übernehmen, zu fassen.

Das Zusammenspiel der Transformation des Staates in der internationalen Weltordnung²⁹⁷ mit einer »innerhalb der Weltwirtschaft [...] dominanten Produktionsweise« (Cox 1998b: 83) herausgearbeitet zu haben, ist das Verdienst des Begründers des Neogramscianismus Robert Cox. Cox übernimmt Ende der 1970er Jahre Gramscis Verständnis des Staates als *Integralen Staat* und löst ihn aus seiner nationalstaatlichen Betrachtung (1998b). Das Konzept des »Staats-Zivilgesellschafts-Komplexes« (Bieling 2010: 28) wird auf die internationale Ebene übertragen. Auch internationale Institutionen sind dieser Sichtweise zufolge seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunehmend durch die gegenseitige Durchdringung von Staat und Zivilgesellschaft gekennzeichnet und stehen

296 In der Regimetheorie werden internationale Regime (z.B. bestimmte Handels-, Finanz-, Abrüstungs- oder Umweltvereinbarungen) als wichtiger und notwendiger Beitrag zur Stabilisierung internationaler Beziehungen funktionalistisch verstanden (ten Brink 2007: 202).

297 Zum Begriff der internationalen Ordnung vgl. Menzel 2015: 44f.

zu den sozialen Produktionsbeziehungen sowie den Strukturen der Weltordnung sowie der Weltökonomie in konkreter Beziehung. Cox geht davon aus, dass analog zur Internationalisierung der Produktion (Direktinvestitionen) durch die Liberalisierung der Handelsbeziehungen im Zuge der neoliberalen Globalisierung (Overbeek 2008: 190) Teile der nationalen staatlichen Institutionen und Apparate auf internationale Institutionen übertragen werden (Cox 1987: 253ff.). Dabei fasst er diese neue Form von Staatlichkeit innerhalb der OECD-Länder analytisch als *internationaler Staat* (ebd.: 253). Andere neogramscianisch orientierte Sozialwissenschaftler_innen konstatieren im Anschluss an Cox eine *Transnationalisierung von Staatlichkeit* (Robinson 2004: 49).²⁹⁸ Welcher Begriff auch immer gewählt wird: Diese Begriffe sollen das politische Phänomen darstellen, dass nationalstaatliche Aufgaben durch die Internationalisierung der Staatsapparate (Hirsch 2005: 145) auf *supranationale* Institutionen übertragen werden.²⁹⁹

Auf *globaler Ebene* stellen politische Regelungskomplexe in Form formalisierter internationaler und transnationaler Institutionen sowie Regimes wie die Bretton-Woods-Institutionen IWF³⁰⁰, die Weltbank und die OECD (Cox 1987: 224ff.) »quasi staatliche supranationale Institutionen« dar (Bieling 2007: 124), denn hierbei haben sich Teile der nationalen Exekutive sowie der Judikative transnationalisiert. Diese sind maßgeblich durch die Interessen einer freien Weltwirtschaft (Freihandel) und der Exportmärkte der herrschenden ökonomischen und sozialen Kräfte – vor allem einer »transnationalen Managerklasse« (Cox 1987: 359) beziehungsweise einer »transnationalen kapitalistische[n] Klasse[]« (Sklair 2001: 4) – hegemonial etabliert worden (Cox 1998b: 83f.).³⁰¹ Auf *europäi-*

298 Unter dem Adjektiv »international« wird in der Regel das zwischenstaatliche beziehungsweise intergouvernementale Zusammenspiel einzelstaatlicher Strukturen, Prozesse und Akteure verstanden. Unter dem Begriff »transnational« fallen Strukturen, Prozesse und Akteure (u.a. Transnationale Konzerne/TNK), die ihre Macht und Legitimation nicht mehr primär aus dem nationalstaatlich-intergouvernementalen Feld ableiten (ten Brink 2007: 199). Er bezeichnet folglich die Zunahme von Beziehungen über nationale Grenzen hinweg.

299 Den Staat als internationalen Staat zeichnet aus, dass er die in der liberalen Weltordnung im 19. Jahrhundert unter der Pax Britannica erhaltenen Staatsfunktionen teilweise auf internationale Institutionen abgibt, zum Beispiel die Währungssouveränität (Cox 1987: 123). Zur Weltordnung des 19. Jahrhunderts unter der Hegemonie Großbritanniens vgl. Menzel 2015: 691ff. Damit wendet sich das Konzept der Internationalisierung des Staates auch gegen die einflussreiche Annahme eines globalen »Empire« ohne zentrale Steuerungsinstanz (Hardt/Negri 2002) oder eines durch die USA dominierten »amerikanischen Imperiums« (Panitch/Gindin 2013: 17).

300 Der IWF kann als transnationale Institution des transnationalen Staates gelten, da er in nationale Wirtschaftspolitik eingreift, indem er Staaten Strukturanpassungsprogramme auferlegt (Robinson 2010: 34). Ende der 1990er Jahre wurden im Zuge einer versuchten neuen Konsensbildung die Strukturanpassungsprogramme des IWF ideologisch ausgerichtet in »Programme zur Förderung des Wachstums und zur Verminderung der Armut« umbenannt (Huffschild 2002: 189).

301 Diese transnationale Managerklasse bildet einen neuen historischen Block (Cox 1987: 6), der durch transnationales Kapital bestimmt ist (Gill 2008: 94) und den politischen Diskurs und das Agenda-Setting bestimmt (Bieling 2007: 139). Auf Seiten der Bourgeoisie sind beispielsweise Manager_innen und Aufsichtsräte von transnationalen Konzernen in viele transnationale Diskussionsnetzwerke eingebunden (u.a. Dachverband Industrie, European Round Table of Industrialists, European Services Forum in Europa, Trilaterale Kommission, Weltwirtschaftsforum). Zur Transnationalisierung von Klassenverhältnissen vgl. Sklair 2001. Jedoch gibt es innerhalb der kritischen IPÖ die Kontroverse, ob die herrschenden Klassen sich überhaupt transnationalisiert, also vom National-

scher Ebene zählen zu den transnationalen Institutionen u.a. die Europäische Zentralbank³⁰² und die Europäische Kommission, die keinem nationalen Staat mehr zuzurechnen, ihre Entscheidungen jedoch für alle EU-Staaten bindend sind sowie allgemein föderale Gebilde wie die EU (Bieling/Steinhilber 2000: 103).³⁰³

Dabei gibt es allerdings kein völliges Aufgehen des Nationalstaates in supranationalen Institutionen wie der EU oder eine Art »Weltstaat«, wie dies noch in den letzten Jahrzehnten debattiert und prognostiziert wurde.³⁰⁴ Nach wie vor bleibt »die staatliche Apparatur das Terrain, auf dem sich konkurrierende kapitalistische Interessen zu einer Politik des Kapitals verdichten.« (Hirsch 2005: 147) Weiterhin sorgt »primär der Nationalstaat für die zentrale soziale, ökonomische und technische Infrastruktur« (ebd.) sowie für »den politisch-sozialen Zusammenhalt einer ökonomisch sich spaltenden und auseinanderdriftenden Gesellschaft« (Hirsch 1995: 119).³⁰⁵ Vielmehr konstituiert sich durch die Transnationalisierung von Staatlichkeit gegenüber dem Nationalstaat ein erweitertes Terrain, auf dem um Hegemonie gerungen wird. Damit lassen sich die zunehmend transnational werdenden Staatsapparate »als ein lockeres Netzwerk aus inter- und supranationalen politischen und wirtschaftlichen Institutionen zusammen mit nationalen Staatsapparaten konzeptualisieren, die von transnationalen Kräften durchdrungen und transformiert worden sind.« (Robinson 2010: 34) Allerdings wird politisch nicht lediglich auf hegemoniale Einbindung gesetzt, sondern auch auf Disziplinierung durch Institutionen wie dem IWF gegenüber Ländern, wenn es u.a. um die Vergabe von Krediten geht (Gill 2008: 126f.).³⁰⁶

staat gelöst haben im Sinne einer homogenen globalen Elite (Robinson 2004: 85ff.; Sklair 2001: 10) oder ob diese Klasse immer noch im Nationalstaat ihre Basis hat (Carroll 2010: 162). William Carroll konstatiert beispielsweise, dass die globale Unternehmenselite sehr spezifisch regionalisiert ist, nämlich die Mehrheit ihrer Firmen, die sich in transnationaler Verflechtung engagieren, ihren Hauptsitz in Europa und Nordamerika hat, was den weiter anhaltenden Einfluss einer atlantischen herrschenden Klasse (van der Pijl 1984) unterstreiche (Carroll 2014: 176).

- 302 Joseph Vogl zeichnet kulturhistorisch nach, dass sich Zentralbanken »[g]erade unter der Bedingung von Gewaltenteilung und Repräsentationssystemen [...] als parademokratische, isolierte Regierungsenklaven etabliert [haben], die als wesentliche Organe zur Sicherung und zum Erhalt kapitalistischer Finanzierungsstrukturen operieren.« (2015: 162f.)
- 303 Vor allem die EU ist ein Beispiel, wie überstaatliche Institutionen entstehen, bei denen Kompetenzen, die ehemals zu den Kernelementen des Staates zählten, auf überstaatliche Ebene verlagert werden. Die EU hat inzwischen selbst eine spezifische Form von »Staatlichkeit« ausgebildet (Bieling/Huttman 2016: 11). Seit dem Vertrag von Maastricht 1993 sind der EU eine Reihe von Kompetenzen zugewachsen, die zu den vormals staatlichen Kernaufgaben gehörten, u.a. die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schrittweise Vergemeinschaftung und verstärkte Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Supranationalisierung und Europäisierung der Innen- und Justizpolitik sowie ansatzweise auch die Steuerpolitik (ebd.).
- 304 Vgl. u.a. Sibylle Tönnies: Sehnsucht nach der Weltregierung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.04.2009.
- 305 Auch die multinationalen Unternehmen sind auf die Gewalt- und Organisationspotenziale der Staaten angewiesen: »Dass sie ihren Sitz fast durchweg in den politisch, ökonomisch und militärisch dominierenden Staaten des kapitalistischen Zentrums haben, ist daher kein Zufall.« (Hirsch 2005: 148)
- 306 Durch den Konsens von Washington wurden den Ländern des Globalen Südens als Bedingung für die Kreditvergabe strikte Vorgaben auferlegt, die auf Privatisierung, Abbau von Zöllen, Reduzie-

Durch den Prozess der Transnationalisierung von Staatlichkeit entstehen neue hegemoniale Blöcke (Bieling/Steinhilber 2000: 105), die nicht mehr nur im jeweiligen Nationalstaat und der zugehörigen Zivilgesellschaft organisiert sind, sondern aus Mitgliedern verschiedener transnationaler Institutionen bestehen (Gill 2008: 61). Über diese transnationalen hegemonialen Blöcke versuchen bestimmte soziale Kräfte eine globale Hegemonie auszuüben und die jeweilige *Weltordnung* (Cox 1998a: 31)³⁰⁷ in ihrem Interesse zu gestalten, zu reproduzieren und gegen Widerstände zu bewahren.

Entgegen der verbreiteten Verwendung des Begriffs der Hegemonie in den Internationalen Beziehungen (vgl. Anderson 2018), aber auch in marxistischen Theorien wie der Weltsystemtheorie (Arrighi 20010: 28), wird Hegemonie im Neogramscianismus nicht als die Macht oder Vorherrschaft bestimmter Nationalstaaten (Panitch/Gindin 2013: 17) oder eines umfassend dominierenden *Imperiums* (Hardt/Negri 2002: 24ff.) im internationalen Staatensystem (Menzel 2015: 833ff.) verstanden. Vielmehr bezeichnet Hegemonie eine bestimmte Weltordnung, die durch internationale politische Institutionen etabliert und aufrechterhalten wird (Cox 1998b: 83) und sich durch die Zustimmung zu einer global dominierenden Produktionsweise und Handelspolitik auf weltwirtschaftlicher Ebene auszeichnet. Innerhalb der nationalen sowie internationalen Institutionen wird um Einfluss und Macht und damit um die Gestaltung der sozialen und politischen Ordnungen gerungen. Für Cox ist Hegemonie daher nicht mehr an den Nationalstaat gebunden, da sich auch das zivilgesellschaftliche Vorfeld des Staates globalisiert hat und supranational wird (1987: 343ff.). Dennoch ist die Hegemonie in der Regel weiterhin durch einen dominierenden Staat und damit durch Dominanzverhältnisse abgestützt, vor allem rechtlich (vgl. Pistor 2021) und militärisch (Deppe 2015: 76). Für Cox stellen für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts die USA diesen die Weltordnung dominierenden Staat dar, weswegen er die Weltordnung dieser Zeit auch als *Pax Americana* bezeichnet (1987: 211).

Trotz der defizitären zugrundeliegenden Staatstheorie zeigt sich der Mehrwert der Cox'schen Analysen für eine Soziopolitische Bildung darin, dass er den Staat analytisch aus seiner nationalstaatlichen Betrachtung löst und einen Formwandel von Staatlichkeit aufzeigen kann, der darin besteht, dass Staatsfunktionen zunehmend auf internationale Organisationen übertragen werden. Dabei wird dieser Formwandel nicht durch Kontingenz oder rationale Erwägungen bestimmt verstanden, sondern durch die jeweiligen Strukturen der internationalisierten Produktionsweise und damit der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit bedingt, sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene.

Zusammengefasst lässt sich konstatieren, dass für die Neogramscianer_innen das hegemoniale Projekt einer neoliberalen Globalisierung ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem auf drei Ebenen transnational bis in die Gegenwart durchgesetzt

rung der Staatsquote etc. abzielen. Diese Politik zielt auf »Zwang und Zustimmung« (Gill 2008: 126f.).

307 Cox bevorzugt den Begriff der Weltordnung gegenüber dem des zwischenstaatlichen Systems, »da er für alle historischen Perioden gilt (und nicht nur für jene, in denen die Staaten die elementaren Komponenten bildeten).« (1998a: 31) Der Begriff der Weltordnung weist zudem deutlicher auf die Strukturen hin, die einem bestimmten System zugrunde liegen (ebd.). Zum Wandel der Weltordnung vgl. Menzel 2015.

wird: *erstens* durch die transnationalisierten Institutionen der globalen Zivilgesellschaft (u. a. Unternehmen, Medien und Non-profit-Organisationen), *zweitens* durch transnationale Foren, Netzwerke und Think Tanks wie die Trilaterale Kommission, die Mont Pèlerin Gesellschaft, die Heritage Foundation, das World Economic Forum und die Bilderberg-Konferenz (s. unten) sowie den European Round Table of Industrialists (Gill 2008: 108), die in relativer Autonomie von politischen Machtzentren stehen, jedoch auf diese einwirken, *drittens* durch transnationale ökonomische Institutionen wie IWF, Weltbank, WTO und transnationale politische Foren wie die G7/G8, G22, UN, OECD, EU, OSZE (Robinson 2004: 88).

Bei aller Kritik am Neogramscianismus (vgl. Krätke 2017: 73)³⁰⁸ hat der Ansatz gegenüber divergierenden politikwissenschaftlichen Globalisierungstheorien den Vorteil, die politische Dimension der Globalisierungsprozesse auf politischer und ökonomischer Ebene konflikt- und machtkritisch zu analysieren und mit den Interessen bestimmter Kapitalfraktionen sowie ihrem Interesse der Kapitalverwertung in Zusammenhang zu bringen.

Im Folgenden soll an Beispielen verdeutlicht werden, wie auf globaler Ebene die gegenwärtige ökonomische Weltordnung der freihandelsorientierten Globalisierung und des Neoliberalismus durch hegemoniale Praktiken bestimmter sozialer Akteure unter Zuhilfenahme von Think Tanks und Lobbyorganisationen etabliert wurde.

Das Bretton-Woods-System und die Etablierung der Pax Americana

Die Etablierung des Freihandels und des Weltmarktes nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Durchsetzung des Neoliberalismus ab dem Ende der 1970er Jahre war ein politisch intendiertes Projekt bestimmter Klassenfraktionen und Interessensgruppen. Das Projekt des Weltmarktes wurde Ende der 1940er Jahre durch die Interessen einer relativ kleinen Gruppe der exportorientierten Industriekapitalfraktionen in den USA bestimmt (Scherrer 1999: 341f.), die sich gegen die konkurrierenden Finanzkapitalfraktionen behauptet und den Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen durchgesetzt haben (Bieling 2007: 88). Das Ziel war hierbei die Ausweitung von Absatzmärkten für US-Waren – folglich die Schaffung von Exportmärkten –, da der US-amerikanische Binnenmarkt gesättigt war. Dabei konnten die Akteure auch die dem Freihandel äußerst skeptisch gegenüberstehende US-amerikanische Bevölkerung (vgl. Scherrer 1999: 146) sowie bestimmte Staatsapparate in das Freihandelsprojekt hegemonial einbinden.³⁰⁹

308 So wird u. a. bemängelt, dass dem Neogramscianismus durch seine Fokussierung auf intellektuelle und politische Führung eine differenzierte Staatstheorie fehle, die den »entscheidende[n] ökonomische[n] Kern der politischen Klassenherrschaft« fasst (Jessop 2007: 217), sowie, dass er blind sei gegenüber ökonomischer Theorien (Krätke 2017: 73), ökonomischen Sachzwängen (Scherrer 1999: 23) und ökonomischen Staatsinterventionen (Wissel 2015: 24).

309 Die Position des weltmarktorientierten Kapitals kann gerade deshalb als hegemonial bezeichnet werden, weil es seinem politischen Programm eine staatliche Form geben konnte, d. h. es war institutionell in der Regierung verankert. Zudem gelang es, das Diskursterrain der Außenwirtschaftspolitik vorzugeben (Scherrer 1999: 316).

Angelegt war das Freihandelsprojekt bereits im Marshall-Plan ab 1948 (vgl. Arrighi 2010: 305).³¹⁰ Politisch abgesichert wurde es über die transnationalen Staatsapparate des 1944 gegründeten Weltwährungssystem von Bretton-Woods,³¹¹ den IWF und die Weltbankgruppe (Röttger 1997: 68). Durch diese bis 1973 bestehenden Bretton-Woods-Institutionen sollten der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas durch Kreditvergabe finanziert und die internationale Finanzkapitalbewegungen durch ein stabiles Wechselkurssystem politisch kontrolliert werden, um Finanzkrisen – wie ausgelöst durch den Schwarzen Freitag von 1929 – zukünftig zu verhindern (Huffs Schmid 2002: 112). Dabei dominierte die Auffassung, dass globaler Freihandel ohne eine stabile internationale Ordnung eines internationalen Regimes nicht gewährleistet werden könnte, sowie dass die Ursachen für die Weltwirtschaftskrise in einer protektionistischen Politik gelegen hätten, die es nun zugunsten eines Freihandelssystems, das Frieden bringen sollte, zu beseitigen galt. Da das Finanzkapital durch die Bretton-Woods-Institutionen weitestgehend reguliert und einer politischen Aufsicht unterworfen war, beschränkte sich der transatlantische Freihandel auf den Waren- und Dienstleistungssektor. Durch die Kooperation zwischen den industriellen Kapitalfraktionen in Europa und den USA – die sich durch Freihandel Absatzmärkte für ihre Exporte versprachen – entstand eine »atlantisch herrschende Klasse« (van der Pijl 1984: 29). Diesbezüglich hatten die USA die zentrale Koordinierungsfunktion übernommen, gestützt vor allem auf ihre ökonomische und militärische Überlegenheit (Panitch/Gindin 2013: 25ff.) sowie auf die zentrale Rolle des US-Dollars als Leitwährung innerhalb der internationalen Finanzstruktur (Huffs Schmid 2002: 119).³¹² Die Institution von Bretton-Woods diente dazu, die Vorherrschaft der USA im Sinne einer bestimmten Weltordnung (»Pax Americana«) global durchzusetzen (Cox 1987: 211).³¹³ Sie waren das »Zentrum der US-Hegemonie« (Bieling 2007: 85), was zur globalen Expansion

-
- 310 Der Marshall-Plan diente durch Kreditvergabe und Subventionen dem Wiederaufbau der Märkte des zerstörten Westeuropas, um es in das System der weltweiten Arbeitsteilung zu integrieren und protektionistische Maßnahmen zu verhindern. Zudem förderte er ausländische Direktinvestitionen der US-Konzerne in Europa, wodurch die USA und die weltmarktorientierten US-Kapitalfraktionen global Einfluss nehmen konnten (Bieling 2007: 113f.). Der Wiederaufbau Europas durch den Marshall-Plan beinhaltete auch einen militärischen Sicherheitsaspekt durch die NATO gegenüber dem sowjetischen Block (vgl. van der Pijl 2006: 34).
- 311 Auf der Konferenz von Bretton Woods, die vor allem die Gestaltung der Nachkriegsordnung betraf, verabschiedeten 1944 44 Staaten unter der Führung der späteren Siegerstaaten das Programm einer multilateralen Weltwirtschaftsordnung, das Strategien der makroökonomischen Planung und Konjunkturbelebung beinhaltete (Bieling 2007: 85ff.). Zur Geschichte der Bretton-Woods-Institutionen vgl. James K. Galbraith: Von der Freiheit, Schulden zu machen, in: *Le Monde Diplomatique* 16.05.2003.
- 312 Das US-Monopol auf die Weltliquidität stützte sich darauf, dass die USA 1947 70 % der globalen Goldreserven besaßen (Arrighi 2010: 283). Im Zuge des Bretton-Woods-Systems war der Dollar als weltweite Leitwährung an Gold gebunden.
- 313 Die Pax Americana kann als erfolgreiche Etablierung internationaler historischer Blöcke im gramscianischen Sinne verstanden werden, mit dem Ziel, ein geografisches und politisches Kernland außerhalb der USA zu kreieren (Gill 2008: 59). Ökonomisch ist sie durch die exportorientierten Kapitalfraktionen bestimmt (van der Pijl 1984), die industriellen Beziehungen der kapitalistischen Staaten beruhen auf fordristischer Grundlage, auf politischer Ebene ist sie durch die internationalen Institutionen von Bretton-Woods – vor allem IWF und Weltbank – abgesichert. Das Ziel der Pax Americana bestand darin, ein geografisches und politisches Kernland außerhalb der USA durch

US-basierter Unternehmen führte. Die Bretton-Woods-Institutionen basierten auf dem Leitbild des intervenierenden Staates im fordistischen Sinne (vgl. Kap. 5.3.5), wodurch sich das System der Nachkriegszeit als »eingebetteter Liberalismus« (John Ruggie)³¹⁴ bezeichnen lässt (vgl. Röttger 1997: 68).

Bereits im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnten hingegen die konkurrierenden Fraktionen des Finanzkapitals durch eigene Think Tanks und Vereinigungen sowie die Eroberung der nationalen Staatsapparate auf den politischen Prozess Einfluss nehmen und erfolgreich einen eigenen historischen Block gegenüber den weltmarktorientierten Kapitalfraktionen etablieren (Robinson 2004: 49).³¹⁵ In den 1970er Jahren begannen die Kapitalbesitzer_innen und -verwalter_innen einen langen Kampf um den grundlegenden Umbau der politischen Ökonomie des fordistischen Nachkriegskapitalismus. 1973 wurde das Bretton-Woods-Abkommen politisch aufgelöst³¹⁶ und damit die Möglichkeit der Deregulierung der Finanzmärkte (Huffscheid 2002: 127ff.) sowie der Etablierung des *Finanzmarktkapitalismus* (Dörre/Brinkmann 2005) im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts geschaffen (vgl. Arrighi 2010: 69).³¹⁷ Die Macht der Finanzkapitalfraktionen wurde dominierend gegenüber denen der Industriekapitalfraktionen und die als »Dollar-Wall-Street-Regime« (Peter Gowan) bezeichnete Weltordnung löste das Bretton-Woods-System ab. Damit sind die Finanzkapitalfraktionen im globalen Maßstab bis in die Gegenwart hegemonial führend geworden (Robinson 2010: 187) und bilden den neuen historischen Block im transnationalen Kapitalismus. Dies gilt als Beginn der neoliberalen Ära und Ende des eingebetteten Liberalismus sowie des keynesianisch-fordistischen Sozialstaates (vgl. Kap. 5.3.5).

eine atlantische liberale Fraktion der Bourgeoisie und pro-amerikanischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften zu kreieren (Gill 2008: 59).

- 314 »Eingebettet« war der Liberalismus – also das System der kapitalistischen Marktwirtschaft –, da Staaten finanzielle Hilfen an die private Industrie, Subventionen und Preisstützungen durchführen konnten.
- 315 Die Finanzkapitalfraktionen besetzten vor allem machtvolle Positionen innerhalb der Schlüsselministerien wie Außen- und Finanzministerium und nahmen durch die Zentralbanken Einfluss auf die staatliche Politik. Vor allem in den 1970er Jahren wetteiferten die nationalen (protektionismusorientiert) sowie die transnationalen (freihandelsorientiert) Kapitalfraktionen um die Kontrolle lokaler Staatsapparate (Robinson 2004: 49).
- 316 Die Goldbindung wurde 1973 u.a. wegen der Verschuldung der USA im Zuge des Vietnamkrieges aufgehoben (Arrighi 2010: 69).
- 317 Wolfgang Streeck konstatiert, dass die Etablierung des Finanzmarktkapitalismus der Erfolg des Widerstands der Besitzer von Kapital »gegen die vielfältigen Auflagen [war], die der Kapitalismus nach 1945 akzeptieren musste, um unter Systemkonkurrenz politisch akzeptabel zu werden.« (2013: 26) In den USA wurde 1999 der Glass Steagall-Act von 1933 abgeschafft, der nach dem Wall Street-Crash 1929 erlassen worden war und es den Banken untersagte, die Einlagen ihrer Kunden für hochriskante Investitionen zu verwenden (Crouch 2011: 144f.). Somit wurde eine Hauptforderung des neoliberalen Deregulierungsprogramms bezüglich des Finanzmarktes umgesetzt. Daraus resultierte, dass Finanzpapiere für die Profitgenerierung wichtiger als das Kreditssystem der Banken wurden. Die globalen Umsätze für die Handelstags sind gegenwärtig circa 98 Prozent reine Finanzumsätze und stammen nur zu 2 Prozent aus Warenexporten (Altwater 2007: 112). Vgl. Gewinne werden kaum noch investiert, in: *Böckler-Impuls*, 02/2011 [Autor_in unbekannt].

Think Tanks und die Schaffung des Weltmarkts im neoliberalen Sinne

Im Rückblick auf das 20. Jahrhundert zeigt sich, dass neoliberale soziale Akteure vor allem durch Think Tanks und Elitenetzwerke Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen versuchten. Historisch betrachtet gilt der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek als zentrale Referenzperson und Initiator der neoliberalen Hegemoniegewinnung. Hayek setzte für die Verbreitung seiner neoliberalen Ideen und die Errichtung einer neoliberalen Hegemonie durch den »Kampf um die Köpfe« (Gramsci) bereits früh auf die Rolle von wirkmächtigen zivilgesellschaftlichen Institutionen wie Universitäten, Stiftungen, Institute oder Zeitschriften (Plehwe/Walpen 2006: 32).³¹⁸ Hierzu zählt vor allem die von ihm mitgegründete *Mont Pèlerin Gesellschaft*. Diese Organisation hat sich als selbsternannter neoliberaler Elitenzuzammenschluss aus Wissenschaftler_innen, Geschäftsleuten, Journalist_innen und Politiker_innen 1947 gegründet und wirkt bis in die Gegenwart als einflussreiches globales Netzwerk der Politikberatung (Carroll 2010: 212). Diese neoliberale internationale Organisation versucht sowohl national als auch global eine Marktgesellschaft durchzusetzen und geht damit weiter als der *Ordoliberalismus*, der den Neoliberalismus Ende der 1930er Jahre theoretisch begründet hat (Foucault 2006b: 150ff.). Die Aufgabe bestand in der Hilfe bei der Gründung und Führung »unabhängiger« Forschungsinstitute, Stiftungen, Zeitschriften etc., die in der Zivilgesellschaft die neoliberale Ansicht fördern und hegemonial etablieren sollten. Dabei war die Mont Pèlerin Gesellschaft entscheidende Quelle für neoliberale Programme und Maßnahmen in verschiedenen Ländern – die auch autoritär und antidemokratisch durchgesetzt wurden –, etwa in Pinochets Chile (Harvey 2007: 15)³¹⁹ oder in Großbritannien unter Margaret Thatcher (ebd.: 17).³²⁰

Die *Internationale Handelskammer* wurde bereits 1919 von Investmentbankern nach dem Ersten Weltkrieg in Paris gegründet und ist damit die älteste und gleichzeitig mit 7.000 Mitgliedsunternehmen aus über 130 Ländern die größte Policy-Group (van der Pijl 2006: 164). Sie vertritt eine neoliberale Freihandelsstrategie und kämpft als Lobbyorganisation für globale Deregulierung. Massiven Einfluss übt sie u.a. in Foren der WTO, der G8 und OECD aus (Carroll 2010: 42). Auch wenn die UNO keine Institution der Interessensvertretung der Wirtschaft ist und offiziell dem Weltfrieden dient, nimmt seit einiger Zeit der Einfluss von Wirtschaftsverbänden – insbesondere der Internationalen Handelskammer – auf die Ausgestaltung der UNO-Politik zu (Zumach 2015: 144). Dies verstärkte sich vor allem nach dem Amtsantritt von Generalsekretär Kofi Annan 1997. Annan erhob 1999 die »Partnerschaft mit der Privatwirtschaft« ganz offiziell zum Programm

318 Hayek selbst gab in den 1940er Jahren bezüglich der politischen Einflussnahme zu verstehen: »[M]an verändert die Gesellschaft nur, wenn die Impulse zur Veränderung aus dem Bereich der Ideen kommen. Zuerst muss man die Intellektuellen, die Lehrer, die Schriftsteller erreichen, sie mit Vernunftargumenten überzeugen. Ihr Einfluss wird den Ausschlag geben, die Politiker werden folgen.« (zit.n. Chamayou 2019: 140)

319 Friedman empfahl Pinochet »einen Umbau der Wirtschaft im Schnelltempo – Steuerkürzungen, Freihandel, Privatisierung von Dienstleistungen, Einschnitte bei den Sozialausgaben und Deregulierung.« (Klein 2007: 18) Zudem sollten die öffentlichen durch private Schulen ersetzt werden. Vgl. Eva Völpel: Ein Land als Labor, in: *die tageszeitung*, 07.09.2013.

320 Thatcher versuchte eine englische Version der Friedmann'schen Wirtschaftspolitik, einzuführen, indem sie eine »Eigentümergebiet« (Klein 2007: 190) forderte. Zu Thatcher vgl. ebd.: 190ff.

des gesamten UNO-Systems (ebd.), was das Konzept des integralen Staates Gramscis verdeutlicht. Damit konnten

»transnationale – und auch nationale – Konzerne seit den 80er-Jahren erfolgreich das Verhalten nicht nur von Regierungen und von UNO-Organisationen in ihrem Sinne beeinflussen, sondern in zunehmendem Maße auch von ursprünglich sehr TNC-kritischen Nichtregierungsorganisationen.« (ebd.: 141)

Die *Bilderberger Konferenz*, die 1954 zum ersten Mal tagte, beinhaltet informelle Treffen von einflussreichen Personen aus Medien, Wirtschaft, Politik und Militär, vor allem aus Ländern des Globalen Nordens (van der Pijl 2006: 68). Sie gilt als exklusive Elitenorganisation, da nur 115 Teilnehmer pro Sitzung eingeladen werden (Carroll 2010: 42).³²¹ Um die Bilderberger Konferenz ranken sich zahlreiche Verschwörungserzählungen, weshalb sie auch zum »Hassobjekt« der Neuen Rechten wurde. Aus kritischer, hegemonietheoretischer Sicht wird sie hingegen als Plattform verstanden, die die Koordination und Planung internationaler Kapitalverwertung und die langfristige Aufrechterhaltung der internationalen wirtschaftlichen Ordnung organisiert (van der Pijl 1998: 121).

Beim *Weltwirtschaftsforum* (WEF), das 1971 vom Wirtschaftswissenschaftler Klaus Schwab als Stiftung gegründet wurde, kommen jährlich im Schweizerischen Davos international führende Personen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie zivilgesellschaftliche Akteure und Journalist_innen zusammen, um offiziell über aktuelle globale Fragen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik zu diskutieren (vgl. Carroll 2010: 217ff.). Das WEF gilt trotz seiner philanthropischen Selbstdarstellung als Klassenorganisation (van der Pijl 1998: 134), da es strenge Zulassungsbedingungen und eine klare inhaltliche Ausrichtung auf neoliberalen Freihandel gibt. Es ist als »echte Internationale des Kapitals« (ebd.: 132) zu begreifen, da es das erste Forum darstellt, in dem Konzepte der ökonomischen Gestaltung im Weltmaßstab debattiert werden. Bis weit in die 1990er Jahre war das WEF ein Dreh- und Angelpunkt neoliberaler Hegemonie (ebd.: 132f.). Mittlerweile versucht es hingegen auch, Nachhaltigkeit und Soziales zu thematisieren.³²² Freilich soll es hierdurch jedoch nicht zu einem Bruch mit der kapitalistischen Profitlogik kommen.

Die *Heritage Foundation* ist ein Think Tank, der 1973 in Washington von der New Right-Bewegung gegründet wurde (vgl. Klein 2007: 29) und vor allem gegen die US-Demokraten Initiativen sowie außenpolitische Ideen und Offensiven entwickelte, gegen die linkssozialistischen und antiimperialistischen Bestrebungen im Globalen Süden und den Sowjetblock vorzugehen (van der Pijl 2006: 158). Durch den Einfluss von US-Großkonzernen trat die Heritage Foundation auch für eine aggressive liberale Außenwirtschaftspolitik im Sinne des freien Marktes ein (van der Pijl 1998: 127).³²³

321 Vgl. Hans-Peter Siebenhaar: Geheimgespräche hinter verschlossenen Türen. Der mächtige Bilderberg, in: *Handelsblatt*, 11.06.2015.

322 U.a. werden nun zunehmend Gewerkschafter_innen eingeladen. Vgl. WEF auch für Gewerkschaften eine wichtige Plattform (2017), <https://tageswoche.ch/allgemein/wef-auch-fuer-gewerkschaften-eine-wichtige-plattform/index.html> [abgerufen am 12.12.2021; Autor_in unbekannt].

323 Allgemein erfolgte dies über neoliberale US-Lobbyinstitute wie das Hoover Institution on War, Revolution and Peace, das American Enterprise Institute und die Heritage Foundation. Vgl. Susan George: Eine kurze Geschichte des Einheitsdenkens, in: *Le Monde Diplomatique*, 16.08.1996.

Die 1973 von David Rockefeller während der Bilderberger-Konferenz gegründete *Trilaterale Kommission* (TC) ist eine weitere zentrale Institution, die als zivilgesellschaftliches Projekt neoliberale Ideen in der Gesellschaft und den Staatsapparaten zu etablieren versucht (vgl. van der Pijl 2006: 158). Die etwa 400 Mitglieder der Kommission entstammen den transnationalen Fraktionen der ökonomischen, politischen und intellektuellen Eliten und treffen sich in unregelmäßigen Abständen, um Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen und neoliberale Publikationen zu verbreiten (Carroll 2010: 42). Von den 100 größten globalen Unternehmen waren Mitte der 1980er Jahre etwa zwei Drittel durch die Mitgliedschaft von Direktoren an das TC angeschlossen (van der Pijl 1998: 124).

Um ein aktuelleres Beispiel zu verwenden, lässt sich auch bezüglich des nicht ratifizierten Freihandelsabkommens *TTIP* zwischen den USA und der EU 2013 deutlich nachweisen, wie ein hegemoniales Projekt geschaffen werden sollte.³²⁴ Vor allem die exportorientierten Kapitalfraktionen der TNK hatten durch TTIP die Ausweitung der Exportmärkte erhofft. Bereits seit 1995 versuchten die größten TNK der USA und der EU durch den Trans-Atlantic Business Dialogue (TABD) – der sich später in Transatlantic Economic Council umbenannte – über »Abbau von Regulierungsmaßnahmen zwecks Ermächtigung des Privatsektors«, wie er seine Aufgabe selbst beschreibt (zit.n. George 2014: 90),³²⁵ staatliche Deregulierung durchzusetzen, nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen und zu beraten, wie dies bei der Bevölkerung hegemonial verankert werden könnte. Dabei hatte bis 2013 kein einziges Treffen mit gemeinwohlorientierten Gruppen stattgefunden. Bezüglich der TTIP-Verhandlungen waren die Handelskammern und in Europa der European Roundtable of Industrialists in das Projekt federführend eingebunden.³²⁶

5.4.5 Resümee: Elemente des Neogramscianismus für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung

Für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung ist die Erkenntnis Gramscis zentral, dass staatliche Herrschaft nicht primär durch *Zwang* im repressiven Sinne (Justiz, Polizei und Militär), sondern durch *Konsens* als freiwillige Unterordnung auf Seiten der gesellschaftlichen Subjekte durchgesetzt und dauerhaft reproduziert wird. Damit liefert Gramsci grundlegende Einsichten in die Funktionsweise politischer Herrschaft moderner bürgerlicher Staaten. Die Erzeugung von Konsens zielt auf die Zustimmung und das Einverständnis der Beherrschten selbst gegenüber der gesellschaftlichen,

324 Das geplante TTIP-Abkommen bestand im Vorhaben einer Transatlantischen Handels- und Investitions-Partnerschaft zwischen den USA und der EU. Wäre es abgeschlossen worden, hätte dieses Abkommen die Hälfte des weltweiten Bruttosozialprodukts umfasst. Vgl. zum TTIP-Abkommen und den Interessen, die dahinter liegen Lori Wallach: TAFTA/TTIP – die große Unterwerfung, in: *Le Monde Diplomatique*, 11.08.2013.

325 Der Transatlantic Economic Council bezeichnet sich selbst sogar als »politisches Gremium« und sein Direktor verkündet stolz, zum ersten Mal habe hier »der Privatsektor eine offizielle Rolle bei der Festlegung der EU/US-Politik« gespielt (zit.n. George 2014: 90).

326 Vgl. Eric Bonse: TTIP-Abkommen für den Freihandel. Mehr US-Einfluss in Europa, in: *die tageszeitung*, 06.12.2013.

ökonomischen und politischen Ordnung beziehungsweise konkreten politischen Projekten und Reformvorhaben. Es geht nicht um *Dominanz*, sondern um *Akzeptanz*. Gramsci fasst diese Art der Herrschaftsausübung unter den Begriff der Hegemonie. Hierdurch wird abgesichert, dass bestimmte Partikularinteressen einer bestimmten sozialen Gruppe oder Klasse als gesamtgesellschaftliches Allgemeininteresse auch der dominierten Akteure angesehen und aufgefasst werden. Verbreitet und abgesichert wird Hegemonie von Intellektuellen durch Institutionen der *Zivilgesellschaft*, die Gramscis Verständnis nach deshalb eben nicht herrschaftskritisch, sondern selbst hochgradig vermachtet sind.

Für eine Soziopolitische Bildung ist Gramscis erweiterter Staatsbegriff grundlegend, da hierbei politische Herrschaft nicht im engen Staatsverständnis – wie in der hegemonialen Politischen Bildung – auf die konkreten staatlichen Institutionen beschränkt bleibt, sondern vor allem als durch die Zivilgesellschaft als staatliches Vorfeld und damit Teil des Staates ausgeübt verstanden wird. Damit kann auch die liberale theoretische Trennung zwischen *Staat* und *Gesellschaft/Ökonomie* überwunden werden, da beide Bereiche als miteinander vermittelt begriffen werden. Hierdurch lässt sich erfassen, dass politische Herrschaft auch durch die Gesellschaft, u. a. durch Medien und Forschungsinstitute, ausgeübt wird, wodurch der Begriff des Politischen gegenüber einer verkürzten Staatszentrierung auf die Gesellschaft ausgeweitet wird.

An diese grundlegende Erkenntnis anschließend begreifen *Neogramscianische Ansätze* der *Internationalen Politischen Ökonomie* Macht- und Herrschaftsverhältnisse auf internationaler Ebene durch die hegemoniale Einbindung subalternen Akteure und Staaten durchgesetzt und abgesichert. Auch auf globaler Ebene wird ein dichotomes Denken von *Staat* und *(Welt-)Markt* – das auch weiterhin vielen Ansätzen der Politischen Bildung eigen ist – im vermittlungslogischen Sinne überwunden. Hegemonie wird auch in der Weltordnung zivilgesellschaftlich durchgesetzt, vor allem durch internationale Think Tanks und Forschungsinstitute. Hierdurch kann für eine Soziopolitische Bildung verdeutlicht werden, dass der Prozess der Globalisierung nicht durch technische Errungenschaften oder politische Rationalität – wie es oft in der hegemonialen Politischen Bildung suggeriert wird – durchgesetzt wurde. Vielmehr haben freihandelsorientierte Kapitalfraktionen Ende des Zweiten Weltkrieges die Idee des globalen Marktes als politisches Projekt intentional und hegemonial durch wissenschaftliche Institute und Stiftungen verbreitet sowie durch bestimmte Staatsapparate etabliert. Neogramscianische Ansätze haben ihren zentralen analytischen Mehrwert darin, dass sie entgegen der verkürzten etatistischen Sicht, dass Regierungen für politische Entscheidungen verantwortlich seien, im Sinne des erweiterten Staates die zentrale Rolle von (neoliberalen) privaten Foren, Think Tanks, Intellektuellen- und Elitenetzwerken auf transnationaler

Ebene analysieren und herausarbeiten, wie diese durch globale Hegemoniegewinnung durch staatliche Politiken ihre Partikularinteressen durchsetzen.³²⁷

Für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung besteht der Erkenntnisgewinn des Neogramscianismus darin, dass der Staat analytisch aus seiner nationalstaatlichen Betrachtung gelöst wird und durch das zivilgesellschaftliche Vorfeld, d.h. vor allem transnationale Elitenetzwerke und Think Tanks, bestimmt wird. Zudem wird die Transformation von Staatlichkeit hin zu einem transnationalen Staat aufgezeigt und der Staat aus seiner nationalstaatlichen Verengung gelöst. Auch die Transnationalisierung von Staatsapparaten und zivilgesellschaftlicher Institutionen gerät dadurch ins Blickfeld als Phänomen des Politischen. Genau dies erfassen Ansätze von *Global-Governance* und des *Sonderforschungsbereichs Staatlichkeit im Wandel* (vgl. Kap. 4.3) durch ihre De-Thematisierung von Macht und Herrschaft in der globalen Ordnung gerade nicht.

5.5 Der Staat als soziales Verhältnis. Poulantzas' zentraler Beitrag einer kritischen Staatstheorie

»[D]er gesamte Staat [ist] durch Klassenwidersprüche konstituiert und gespalten [...]. Das heißt, dass eine Institution, der Staat, dazu bestimmt ist, die Klassenteilung zu reproduzieren, und nicht, wie in den Konzeptionen des Staates als Sache oder Subjekt angenommen wird, ein monolithischer Block ohne Spaltungen ist.« (Poulantzas 2002: 164)

5.5.1 Poulantzas' Staatsverständnis und die Anschlussfähigkeit kritischer Staatstheorie

Neben Antonio Gramsci haben vor allem die Arbeiten des griechisch-französischen Soziologen Nicos Poulantzas (1936–1979) auf die kritische Staatstheorie in den letzten Jahren erheblichen Einfluss ausgeübt.³²⁸ Streng genommen handelt es sich beim gegenwärtigen Interesse an Poulantzas' Werk um eine Renaissance, denn bereits Ende der 1960er Jahre galt Poulantzas als einer der bedeutendsten marxistischen Staatstheoretiker, der jedoch immer im Schatten seines Kontrahenten Michel Foucault (vgl. Kap. 5.6) sowie seines Lehrers Luis Althusser (vgl. Kap. 4.2.5) stand (vgl. Boos u.a. 2017: 8). Zu dieser Zeit stellte er sich mit seinen Analysen zur Transformation kapitalistischer Vergesellschaftung einerseits gegen die Dogmatisierung marxistischer Theorie, andererseits gegen die Verflachung der soziologischen und politikwissenschaftlichen Theoriediskussion durch

327 Dabei kann die Theorie des Neogramscianismus als Erweiterung zur Regulationstheorie (vgl. Kap. 5.3) genutzt werden, da ihr nationalstaatlich verengter Blick überwunden wird. Sie erfasst analytisch, dass sich seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die globalen politischen Internationalisierungsprozesse auch der moderne Nationalstaat durch seine Einbindung in internationale Institutionen zunehmend transnationalisiert, ohne vollends seine Nationalstaatlichkeit und Souveränität zu verlieren. Globale Institutionen wie die WTO, die Weltbankgruppe und der IWF werden als transnationale Staatsapparate gefasst, die zu Teilen nationalstaatliche Aufgaben übernommen haben.

328 Zur Einführung in das Werk Poulantzas' vgl. Buckel 2015: 144ff.; Boos u.a. 2017; vgl. auch Alexander Gallas: Der Staatstheoretiker, in: *Der Freitag*, 21.09.2011.